

Wir kommen zur laufenden Nr. 79, dem **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1829**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 80, dem **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1830 – Neudruck**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 81, dem **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1832**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 82, dem **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1833**. Wer ist für diesen Antrag? – Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 83, dem **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1834**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 84, dem **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1835**. Wer ist für diesen Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen dann noch zur laufenden Nr. 98 aus Ihrer Übersicht. Das ist auch ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er hat die Drucksachennummer 14/1819. Dieser Antrag ist irrtümlich dem Einzelplan 14 zugeordnet worden. Er gehört aber zum Einzelplan 15. Ich lasse jetzt also über diesen Antrag abstimmen. Wer für den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1819** ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Grünen. Wer ist dagegen? – Die Koalitionsfraktionen und die SPD. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, damit haben wir alle Anträge zum Einzelplan 15 erledigt. Wir müssen aber noch zur Endabstimmung kommen. Mit Drucksache 14/1715 liegt die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zum

Einzelplan 15 vor. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das sind die Oppositionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der **Einzelplan 15** in zweiter Lesung **beschlossen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe den **Einzelplan 14** auf:

Ministerium für Bauen und Verkehr

Wir diskutieren zunächst über den **Teilbereich „Städtebau und Wohnen“** und dann über den Bereich „Verkehr“.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 14/1714 hin.

Uns liegen außerdem Änderungsanträge vor, über die wir nachher im Einzelnen abstimmen werden.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion der Abgeordneten Monika Ruff-Händelkes das Wort. Bitte schön. – Und wenn Sie den Plenarsaal jetzt verlassen, dann tun Sie das bitte zügig und, wenn es geht, schweigend.

Monika Ruff-Händelkes (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Regierung und die sie tragenden Fraktionen haben zum Thema Haushalt auf eine zweifellos schwierige Finanzlage verwiesen und dabei gerne den Schuldigen im übertragenen Sinne verhaftet. Dieses platte Strickmuster kann aber nicht für den Wohnungsbaubereich gelten.

Deshalb beginne ich mit dem Wohnungsbauvermögen des Landes mit einem derzeitigen Marktwert von etwa 5,2 Milliarden €. Meine Damen und Herren, dieses Wohnungsbauvermögen wurde über Generationen angespart und unter strenger Zweckbindung zugunsten der sozialen Wohnungsbauförderung in Nordrhein-Westfalen eingesetzt. Dadurch ist es gelungen – das wissen viele von Ihnen –, die Wohnungsmarktlage in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu entspannen, Menschen mit geringem Einkommen eine Wohnung zur Verfügung zu stellen, innovative Impulse beim Bauen zu geben und der Bauwirtschaft eine nachhaltige Auftragslage zu sichern.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit dem Landeswohnungsbauvermögen und den dadurch möglichen Aktivitäten – das wissen auch ganz viele – nimmt Nordrhein-Westfalen eine Spit-

zenstellung im Bundesvergleich ein. Bei allem Ritual und Gezeter erwarten wir von den Regierungsfractionen die Feststellung, dass sie mit dem Landeswohnungsbauvermögen einen prall gefüllten Geldbeutel erhalten haben.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Frage ist nun, wie Sie mit diesem millionenschweren Erbe umgehen.

Da stehen knapp ein Jahr nach Regierungsübernahme die Zeichen auf Sturm. Die Werthaltigkeit des Wohnungsbauvermögens wird durch den Schuldendienst gegenüber dem Bund in Höhe von bis zu 33 Millionen € erstmalig infrage gestellt. Darunter litt bereits das Wohnungsbauprogramm 2006, da das gesamte Programmvolumen abgesenkt werden musste und auch der avisierte Ansatz von 940 Millionen € nach heutigem Stand nicht mehr zu halten ist.

Das heißt: Das mühsam aufgebaute Wohnungsbauvermögen wird von der Erbengeneration CDU und FDP wie viele andere Errungenschaften der bisherigen sozialverträglichen Wohnungspolitik deutlich infrage gestellt.

Die damals SPD-geführte Bundesregierung und auch die SPD-geführte Landesregierung in NRW haben unter ganz erheblicher Kraftanstrengung diesen Sozialstaat reformiert. Die zwingende Notwendigkeit auch zu ganz harten Einschnitten wurde leider von vielen Wählerinnen und Wählern nicht geteilt. Die Erfolge dieser schwierigen Maßnahme fallen nun der heutigen Erbengeneration – ich habe sie gerade schon einmal genannt – von CDU und FDP zu.

Denn für Nordrhein-Westfalen bedeutet die Hartz-IV-Gesetzgebung einhergehend mit der Wohngeldreform eine Reduzierung der Zahl der Wohngeldempfänger von 836.000 auf nur noch 200.000. Durch diese Maßnahmen wird der Landeshaushalt um 1 Milliarde € entlastet.

Bei allem Verständnis für das rituelle Schimpfen der Regierungsfractionen – ich habe es gerade schon einmal gesagt –: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, bisher hat keiner von Ihnen diese Tatsache gewürdigt.

(Lachen von der FDP)

– Sie können ruhig lachen, aber es ist so. – Jetzt komme ich zu einem Thema, das wir alle in den letzten Tagen in der Presse vorgefunden haben und das auch die Bürgerinnen und Bürger, die hier zahlreich vertreten sind, etwas irritiert hat. Ich will das einmal vorsichtig ausdrücken.

Das Land verfügt mit der Landesentwicklungsgesellschaft, der LEG, über ein ganz wertvolles politisches Steuerungsinstrument. Wie bei allen anderen Wohnungsbaugesellschaften auch gibt es bei der LEG Schwierigkeiten, und zwar mit einzelnen Wohnungsbeständen. Meistens sind diese aber nicht von der LEG verursacht, sondern haben etwas mit der Übernahme von anderen Wohnungsbeständen zu tun. Als Beispiel nenne ich hier die Wohnungsbestände der Neuen Heimat.

Die LEG hat sich auf dem Wohnungsmarkt ausgesprochen positiv entwickelt. Sie hat sich weit über das übliche Maß hinaus engagiert – das wissen die Bürgerinnen und Bürger –, und sie ist bemüht, erhebliche Modernisierungen ganz aus eigener Kraft zu schaffen. Damit ist die LEG ein herausragendes wohnungspolitisches Instrument. Das habe ich eben schon einmal erwähnt. Wir bedauern sehr – das ist ganz wichtig –, dass die Regierungsfractionen keine Alternative zur Privatisierung erwähnen, Gutachten hin oder her.

(Beifall von der SPD)

Auch mit Auflagen – das interessiert die Menschen in unserem Land ebenfalls – hinsichtlich einer denkbaren öffentlich-rechtlichen Kontrolle der LEG setzt sich die schwarz-gelbe Landesregierung keinesfalls auseinander. Den Regierungsfractionen geht es weder um das Wohl der Mieterinnen und Mieter noch um einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Ausschließlich die Abgabe von Verantwortung, die die Koalition nicht zu tragen bereit ist, steht im Mittelpunkt ihres Handelns. Vermutlich würden CDU und FDP eher noch Geld drauflegen, wenn sie sich dieser Verantwortung entledigen könnten.

(Beifall von der SPD)

Mit der LEG eng verbunden ist der Grundstücksfonds NRW; denn dieser wird von der LEG verwaltet. Endlich ist auch bei der Landesregierung die Einsicht über die Bedeutung des Grundstücksfonds für die städtebauliche Entwicklung gewachsen. Waren im Regierungsentwurf für den Haushalt 2006 noch keine neuen Mittel eingesetzt, so wurde dies zwischenzeitlich korrigiert. Wir begrüßen das sehr; denn der Grundstücksfonds benötigt objektiv Landeszuschüsse, um seine Grundstücke verkehrssicher zu halten.

In der Städtebauförderung sind im Landeshaushalt keine grundsätzlichen Änderungen zu erwarten. Wir erwarten aufgrund weitreichender Verpflichtungsermächtigungen auch keine Überraschungen. Aber jetzt wird es ganz wichtig: Die nachträgliche finanzielle Aufstockung des Grundstücksfonds wurde zulasten der Städtebauförde-

rung getätigt. Prioritäten wurden verändert und Projekte zeitlich gestreckt.

Gleich komme ich zum Ende meiner Rede. Zusammenfassend lässt sich an dem vorliegenden Städte- und Wohnungsbauetat und auch aus dem Handeln im ersten schwarz-gelben Regierungsjahr erkennen, dass die Landesregierung anscheinend ganz und gar nicht genau weiß, was sie eigentlich will.

Der gesamte Städte- und Wohnungsbau der letzten zwölf Monate ist ein kontinuierlicher Rückzug aus diesem Politikfeld. Der Staat soll in diesem Bereich nämlich künftig nicht mehr für die Menschen in unserem Land sorgen, sondern höchstens als Nachtwächter das Marktgeschehen beobachten.

Diese marktliberale Politik ist unsozial. Sie verkennt oder verdrängt die Notwendigkeit eines sozialverträglichen Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen. Wir, die SPD, haben uns dieser Verantwortung in der Vergangenheit immer gestellt und werden dies auch in der Opposition weiter tun. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Herzlichen Dank, Frau Abgeordnete Ruff-Händelkes. – Jetzt hat der Abgeordnete Sahnen für die CDU-Fraktion das Wort.

Heinz Sahnen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch in der Wohnungspolitik und im Städtebau geben die Koalitionsfraktionen Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, die durch das Stichwort demographischer Wandel gekennzeichnet sind. Sie geben aber auch Antworten auf die Veränderungen auf den Wohnungsmärkten.

Unsere Zielsetzungen möchte ich hier kurz und klar darstellen. Erstens: soziale Verantwortung für Mieter, aber auch für gesellschaftliche Gruppen, wie zum Beispiel ältere Menschen oder Behinderte. Zweitens: mehr Freiheit und weniger Staat für alle Akteure auf dem Wohnungsmarkt. Deshalb sind der Abbau von Bürokratie und die Entrümpelung von Richtlinien und Vorschriften angesagt. Drittens: Stärkung von Eigenverantwortung. Hierzu gehört auch, dass gerade jungen Familien der Zugang zum Wohnungseigentum erleichtert wird.

Im Einzelplan 14, also im Verantwortungsbereich des Bau- und Verkehrsministeriums mit Herrn Minister Oliver Wittke, wurden die finanziellen Kürzungsvorgaben des Finanzministeriums vollstän-

dig umgesetzt. Dennoch ist es gelungen, bei der Finanzierung des Landesstraßenbauprogramms sogar zuzulegen und damit ein weiteres Wahlversprechen einzulösen. Mein Kollege Bernd Schulte wird im nächsten Block näher darauf eingehen.

Das Finanzvolumen des Einzelplans 14 umfasst 3,162 Milliarden €. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein minimaler Anstieg um 0,2 %. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass der frühere Einzelplan 20 jetzt in den Einzelplan 14 integriert ist. Der saldierte Einsparbetrag beträgt dann noch 129 Mio. €. Es handelt sich also um ca. 4 %.

Zu den besonders schwierigen Einsparungen gehören Kürzungen beim Personal. Auch hier wurden Vorgaben gemacht. Im vorgelegten Haushaltsplanentwurf wird der Weg aufgezeigt, um die Einsparung von 1,5 % zu erreichen. Im Bereich des neuen Bau- und Verkehrsministeriums sind deshalb in den nächsten fünf Jahren 540 Stellen einzusparen. Auch hier wird die jährliche Zielvorgabe von 108 Stellen im Haushaltsjahr 2006 erreicht werden.

Einsparungen im Personalbereich bedeuten eine besondere Herausforderung für die Mitarbeiter im Verantwortungsbereich des Ministeriums. Oft ist es so, dass mit weniger Personal ein Mehr an Aufgaben zu bewältigen ist. Wir als CDU-Landtagsfraktion wissen dies zu schätzen. Wir sagen deshalb den ca. 7.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieses Verantwortungsbereichs herzlichen Dank – für die geleistete Arbeit und für das vertrauensvolle und konstruktive Miteinander.

Finanzpolitische Veränderungen im Einzelplan 14 wurden im Rahmen der Haushaltsberatungen im Ausschuss von Minister Wittke dargestellt. Das von Ihnen aufgezeigte Horrorszenerario ist absolut daneben und überhaupt nicht erkennbar. Vor allen Dingen ist es so: Wer denkt schon daran – da kennen Sie unsere Diskussionsbeiträge und unsere Positionen, die vor allem in den Wfa-Gremien deutlich werden, sehr genau –, das Wohnungsbauvermögen des Landes in irgendeiner Form abzuschmelzen? Natürlich gibt es ein paar Einschnitte, auf die ich jetzt zu sprechen komme. Aber dennoch sind wir der Auffassung, dass das zur Verfügung stehende Geld von rund 800 Millionen € die Wünsche, die in diesem Jahr in den verschiedensten Bereichen angemeldet worden sind, auch abdeckt.

Im Hinblick auf die Finanzierung des Wohnungsbauvermögens will ich dies erwähnen: 33 Millionen € für Zins und Tilgung, die bisher aus dem Landeshaushalt getragen wurden, werden nunmehr aus dem Bereich der Wfa gezahlt. Dies mag

finanzwirtschaftlich sicherlich richtig sein, bedeutet aber eine Reduzierung des zur Verfügung stehenden Wohnungsbauvermögens; das ist richtig.

Eine weitere Einschränkung erfährt das Wohnungsbauvermögen durch die Streichung der Ausgleichsabgabe rückwirkend ab dem 1. Januar 2006. Diese Reduzierung ist politisch gewollt und die Erfüllung eines politischen Programmpunktes der Koalition von CDU und FDP. Die Einsparung dieser „zweiten Miete“ für viele Haushalte ist richtig. Wir sind davon überzeugt, dass auf diesem Wege ein Beitrag zur sozialen Stabilisierung von Wohnquartieren geleistet und zugleich Bürokratie abgebaut wird. Die Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse von Menschen, die in verdichteten Wohnquartieren leben, ist uns wichtig. Dies ist ein Gebot der sozialen Verantwortung. Deshalb wollen wir über diesen Weg einen Beitrag zur Stabilisierung von Wohnquartieren und Stadtteilen leisten.

Auf unsere Bitte hin hat das Bauministerium in der letzten gemeinsamen Arbeitskreissitzung von CDU und FDP über den Förderschwerpunkt des Wohnungsbauprogramms 2006 im Hinblick auf seniorengerechtes Wohnen, und hier insbesondere in Einrichtungen der Altenpflege, berichtet. Von der alten Landesregierung wurden in diesem Zusammenhang noch wenige Modellprojekte gefördert. Wir konnten zur Kenntnis nehmen, dass die von der neuen politischen Mehrheit beschlossene Regelförderung sehr gut angenommen und nachgefragt wird. Die notwendigen Kooperationen von Unternehmungen in der Wohnungswirtschaft und karitativen Verbänden im Bereich der Pflege entwickeln sich sehr positiv. Dies ist gut und eine richtige Antwort auf die demographischen Veränderungen, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Alterspyramide und die häufig damit einhergehenden Herausforderungen im Bereich der Pflege.

Bezogen auf den wohnungswirtschaftlichen Teil im Einzelplan 14 sind wir der Meinung, dass der notwendige finanzielle Gestaltungsrahmen gegeben ist. Die im Gesamtrahmen der bekannten Finanzsituation unseres Landes notwendigen Sparmaßnahmen im Einzelplan 14 führen nicht dazu, dass vorhandene bewährte und stabile Strukturen zerschlagen werden. Wohl aber sind Chancen eröffnet, um wichtige Antworten auf gesellschaftliche Veränderungen zu geben.

Die CDU-Landtagsfraktion stimmt der veränderten Fassung des Einzelplans 14 zu und bedankt sich in diesem Zusammenhang bei Bauminister Wittke und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für

die vertrauensvolle Zusammenarbeit in diesem Bereich. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Sahnen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass eines der Felder, wo jedenfalls nach Auffassung unserer Fraktion am energischsten ein ideologischer Strategiewechsel durchgesetzt werden soll, von Ihnen als ein Feld beschrieben wird, in dem diese Regierung ein Konzept der sozialen Verantwortung verfolgt.

Wenn Sie es für ein Konzept der sozialen Verantwortung halten, dass Sie die Kündigungssperrfristverordnung aufheben wollen, dass Sie die Ausgleichsabgabe abschaffen wollen, dass Sie den Wohnungsbestand der LEG komplett verkaufen wollen, wenn Sie das alles für eine Politik der sozialen Verantwortung halten, meine Damen und Herren, dann haben wir unterschiedliche Vorstellungen von sozialer Verantwortung. Wir Grüne haben jedenfalls den starken Eindruck, dass sich bei der Wohnungspolitik ähnlich wie im Kommunalbereich die FDP mit ihren Ansprüchen durchgesetzt hat und Sie das durchexerzieren, was in den ideologischen Hinterstuben der FDP erfunden worden ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will auf einige Punkte im Einzelnen eingehen.

Zunächst zur LEG: Sie wissen, dass Sie es, wenn Sie die LEG oder den Wohnungsbestand der LEG verkaufen, mit sozialen Verwerfungen zu tun haben werden. Sie wissen, dass die LEG in problematischen Wohnquartieren in den letzten Jahren hervorragende Arbeit geleistet hat: mit Mieterbetreuung, Kinderbetreuung, teilweise sogar Hausaufgabenbetreuung, jedenfalls mit sehr guter Betreuung der dortigen Klientel. Sie wissen, dass es in diesen Wohnquartieren eine sehr niedrige Fluktuation beim Personal und auch bei den Mieterinnen und Mietern gegeben hat. Das alles wissen Sie.

Sie wissen auch, wenn Sie das alles privatisieren und das an private Wohnungsbaugesellschaften geht, so wie das im Moment gang und gäbe ist, dass deren Betriebe selbstverständlich das Ziel

haben, Gewinne zu maximieren, und selbstverständlich das Ziel haben, nach einer Übergangszeit diesen Wohnungsbestand wieder zu verkaufen – mit entsprechenden Folgen für die Mieten bei den dortigen Mieterinnen und Mietern. Das wissen Sie, und das gehen Sie bewusst ein. Ich muss Ihnen sagen: Das ist weder sozial noch ist es verantwortlich.

Im Übrigen ist das auch für den Bereich der Stadtentwicklung der LEG schlecht, weil sich selbstverständlich das, was dort zur Restrukturierung in problematischen Bereichen gemacht worden ist, aus den Mieten ein Stück weit refinanziert hat.

Das heißt, Sie werden das in Zukunft aus dem Landeshaushalt finanzieren müssen; Sie werden das in Zukunft den Kommunen überantworten – mit all den Folgen, die das hat.

Meine Damen und Herren, zur Kündigungssperrfristverordnung: Sie ziehen sich jeweils dahinter zurück, dass Sie sich auf den Mindeststandard zurückgehen lassen, den der Bundesgesetzgeber vorgibt. Sie gehen geflissentlich darüber hinweg, dass Hessen, dass Baden-Württemberg, dass Hamburg, dass Bayern Kündigungssperrfristverordnungen bis hoch zu zehn Jahren haben. Das wollen Sie nicht wissen. Vielmehr wollen Sie in Nordrhein-Westfalen bei einem teilweise nach wie vor angespannten Mietermarkt, bei einem teilweise nach wie vor angespannten Wohnungsmarkt, insbesondere in der südlichen Rheinschiene, die Kündigungssperrfristverordnung auflösen – mit den Folgen, die ich eben beschrieben habe. Das ist weder sozial noch ist es verantwortlich noch ist es für die Menschen in Nordrhein-Westfalen gut.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Aber wann kommt das?)

Meine Damen und Herren, zur Ausgleichsabgabe: Sie haben eben die Verschlechterung für das Wohnungsbauvermögen angesprochen. Es ist ja nicht nur die Ausgleichsabgabe, die über 30 Millionen € beträgt und die Sie abschaffen, sondern es ist in der Tat auch die zusätzliche Zinslast, die Sie der Wfa aufbürden. Sehen Sie das einmal perspektivisch: Sie werden in den nächsten Jahren eine Mindesteinnahme beziehungsweise Mehrausgabe, also in der Summe eine Verschlechterung von über 60 Millionen € zulasten der Wfa, zulasten des Wohnungsbauvermögens haben. Sie können selbstverständlich davon ausgehen, dass das mittelfristig und langfristig nicht ohne Folgen bleibt; sondern mittelfristig und langfristig zehren Sie das Wohnungsbauvermögen damit strategisch aus. Ich bin der Auffassung,

dass Sie damit letztlich auch Vermögen verzehren. Es geht also nicht nur um Abbau von Wohnungsbauvermögen zulasten von Mieterinnen und Mietern und zulasten der Landeskasse, sondern Sie verzehren Vermögen im eigentlichen Sinne.

Vizepräsident Edgar Moron: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hilser?

Horst Becker (GRÜNE): Gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön.

Dieter Hilser (SPD): Herr Abgeordneter Becker, halten Sie es für richtig, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen zu diesem wichtigen zentralen Punkt der Mieterschutzrechte der zuständige Fachminister hinten im Plenarsaal sitzt und telefoniert?

Horst Becker (GRÜNE): Das halte ich nicht für richtig, aber es verwundert mich auch nicht, Herr Kollege.

Um das noch einmal auf den Punkt zu bringen: Wenn Sie das Wfa-Vermögen auf diese Art und Weise perspektivisch aufzehren, wenn Sie die LEG-Wohnungen veräußern, wenn Sie die Kündigungssperrfristverordnung aus ideologischen Gründen wegsprengen, dann ist das eine durchgängige Verschlechterung im Bereich Wohnen.

Meine Damen und Herren, aber es ist nicht allein mit den Änderungen, die wir in den letzten Monaten schon diskutiert haben, getan. Ich will noch auf ein anderes Ärgernis hinweisen. Wir haben im Zusammenhang mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz die von mir persönlich an für sich für richtig gehaltene Verlagerung der Zweckzuweisungen in die Fachtats diskutiert. Wir haben damals gehört, dass es keine Kürzung – nicht einmal um einen Euro – in den Fachtats geben soll. Diese Ankündigung des Finanzministers und auch des Fachministers hat noch nicht einmal die Fachberatung des Ausschusses überstanden.

Zwischen der Einbringung des Haushaltes und der ersten Veränderungsliste hat es nur wenige Wochen gedauert, bis sich Folgendes ereignete:

Erster Schritt: Im Haushaltsansatz des Fachministers war der Grundstückfonds mit 8 Millionen € gekürzt worden. Das Ganze sollte offensichtlich ein Stück weit dadurch aufgefangen werden, dass eine gegenseitige Deckungsfähigkeit mit den Städtebauförderungsmitteln hergestellt wurde.

Zweiter Schritt: Nachdem das aufgefallen und skandalisiert worden war, wurde eine Erhöhung

um 30 Millionen € im Grundstücksfonds und eine Kürzung um 15 Millionen € bei den Städtebauförderungsmitteln vorgenommen. Minister Wittke hat sich in den Debatten im Fachausschuss dahinter versteckt, dass es beim Grundstücksfonds 30 Millionen € mehr gebe und bei der Städtebauförderung „nur“ 15 Millionen € weniger. Richtig ist aber, dass es sich um völlig unterschiedliche Töpfe handelt.

Jeder, der sich mit der Städtebauförderung in Nordrhein-Westfalen auch nur ansatzweise beschäftigt hat, weiß, dass die Städtebauförderung in der Regel das ist, was auch die Kommunen außerhalb des Ruhrgebietes beanspruchen können, während der Grundstücksfonds fast ausschließlich im Ruhrgebiet beansprucht wird. Wenn man dann noch zur Kenntnis nimmt, dass das, was in der Städtebauförderung übrig geblieben ist, fast ausschließlich durch VE, also durch Verpflichtungsermächtigungen, innerhalb der Städtebauförderung aufgebraucht wird, dann weiß man, dass Sie in der Städtebauförderung in den nächsten Jahren nicht eine neue Maßnahme mehr sinnvoll werden anfinanzieren können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das alles widerspricht Ihren eigenen Ankündigungen, ist nicht sozial, hat überhaupt nichts damit zu tun, wie die Notwendigkeiten in den Städten in Nordrhein-Westfalen sind, und ist letztlich – davon bin ich fest überzeugt – auch gegen die Interessen Ihres Hauses ausgerichtet. Ich glaube, das hat damit zu tun, dass Sie seit dem letzten Sommer durch die Lande gelaufen sind, sehr viele Ankündigungen gemacht, wenige davon umgesetzt haben, dass Sie gleichzeitig da, wo es Sie nicht direkt etwas kostet, mit der Axt an soziale Errungenschaften gegangen sind und dass Sie insgesamt als Ankündigungsminister gegenüber dem Finanzminister kein Standing haben, nichts durchsetzen können und insofern dem Städtebau in Nordrhein-Westfalen einen Bären dienst erwiesen haben. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker. – Für die Fraktion der FDP spricht jetzt Herr Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Becker, Sie reden alles schlecht, was die neue Regierung macht. Sie reden alles gut, was Sie vorher gemacht haben. Demnach müsste es dem Land Nordrhein-Westfalen blendend gehen: Wir dürften keine Schulden haben, wir dürften keine städte-

baupolitischen Probleme haben, wir dürften auch keine Probleme in der Verkehrspolitik haben. In Wahrheit, lieber Herr Becker, sieht die Welt in Nordrhein-Westfalen aber völlig anders aus. Nordrhein-Westfalen hat große Probleme. Deswegen ist es übrigens am 22. Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen zum Regierungswechsel gekommen.

Blicken wir einmal auf die Fakten! Die neue Koalition von FDP und CDU hat sich auch auf einen Neuanfang in der Städte- und Wohnungspolitik für lebenswerte Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen verständigt. Erste Schritte sind bereits umgesetzt – darauf komme ich gleich zu sprechen –, weitere Schritte sind, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, im Verfahren oder werden im Rahmen des diesjährigen Landeshaushaltes umgesetzt oder stehen in den nächsten Monaten auf der Tagesordnung. Ich möchte Ihnen heute einige Beispiele für die neue Städtebau- und Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen darlegen.

Bereits unmittelbar zu Beginn der 14. Legislaturperiode haben wir die Beschränkung der Eigentumsförderung auf Grundstücke unter 400 m² abgeschafft, im August 2005 – nur wenig später – die Änderung der Wohnungsbauförderungsbestimmungen auf den Weg gebracht. Meine Damen und Herren, aufgrund der desolaten Finanzlage, die uns Rot-Grün hinterlassen hat, kommen wir auch im Städtebau- und Wohnungsbaubereich nicht um Einsparungen herum. Trotzdem ist es uns gelungen, die Städtebaumittel fast auf dem Niveau des Vorjahres zu halten. Ein deutliches, ein positives Zeichen für die Bedeutung der Städtebaupolitik der Koalition.

Die rot-grüne Vorgängerregierung ist überaus umfangreiche Verpflichtungen eingegangen, die für aktuelle Projekte kaum noch Spielräume lassen. Sie erinnern sich sicherlich noch, dass Bauminister Oliver Wittke in der Einbringungsrede zum Haushalt 2006 im Fachausschuss berichtete, die finanzielle Ausstattung des Grundstücksfonds könne dem Sparhammer zum Opfer fallen. Es würden aber noch Verhandlungen über haushaltsneutrale Lösungen stattfinden.

Erfreulicherweise haben die Verhandlungen zu einem fruchtbaren Ergebnis geführt; denn der Grundstücksfonds ist um 30 Millionen € aufgestockt worden. Dadurch sind die laufenden Projekte nicht mehr gefährdet, drohende Mittelrückzahlungen an die EU sind damit abgewendet. Um diesen Kraftakt zu bewältigen, mussten die Mittel für Stadterneuerung, die zuvor im Gemeindefinanzierungsgesetz veranschlagt waren, um 15 Millionen € – nicht um 30 Millionen € – gekürzt werden. Sicherlich ist das – das gebe ich gerne zu – ein schmerz-

hafter Einschnitt, aber unter dem Strich ist es die beste Lösung.

Meine Damen und Herren, eines unserer Ziele ist die Aufhebung von überflüssigen Befruchtungen im Wohnungsbau und die Beachtung von wesentlichen Veränderungen auf den Wohnungsmarkt. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Abschaffung der Ausgleichsabgabe.

(Beifall von FDP und CDU)

Die Landesregierung hat uns in ihrem Gesetzentwurf eine stufenweise Abschaffung der Ausgleichsabgabe bis zum Jahre 2010 vorgeschlagen. Nach Auswertung der Anhörung im Fachausschuss haben wir uns entschieden, die Ausgleichsabgabe rückwirkend zum 1. Januar 2006 abzuschaffen. Damit vermeiden wir enormen bürokratischen Verwaltungsaufwand und stärken sozial schwierige Wohnquartiere. Wir schwächen diese Wohnquartiere also nicht, sondern wir stärken den sozialen Bereich. Das ist ein klares Ergebnis der Enquetekommission, die in der letzten Legislaturperiode zum Thema „Zukunft der Städte“ gearbeitet hat.

Meine Damen und Herren, die Wohnungsbauförderung ist ein unverzichtbares Gestaltungsinstrument in der Wohnungspolitik. Sie wird in diesem Jahr im Vergleich zu anderen Bundesländern auf hohem Niveau fortgeführt, auch wenn wir die Vorjahreshöhe von 985 Millionen € nicht mehr erreichen können.

Abschließend möchte ich noch auf die Privatisierung der LEG eingehen. Wir haben bezüglich der LEG im Gegensatz zu rot-grünen Regierungszeiten einen vorsichtigen Ansatz gewählt und die Privatisierung nicht im diesjährigen Haushalt verankert. Mit einem Gutachten lässt die Landesregierung zurzeit feststellen, auf welche Art und Weise eine Privatisierung der LEG sinnvoll ist – übrigens auch ganz deutlich mit Blick auf die Interessen der Mieter.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch einmal hervorheben, dass der Verkauf der LEG kein völlig neues Vorhaben der jetzigen Landesregierung ist. Auch Rot-Grün hatte einen Verkauf der LEG geplant und im letzten Doppelhaushalt sogar einen Veräußerungserlös von 108 Millionen € veranschlagt.

(Beifall von der FDP – Bernhard Schemmer [CDU]: Hört, hört!)

Wo ist denn diese vielgepriesene soziale Verantwortung? Wenn Sie die Wohnungen verkaufen, ist das sozial in Ordnung, wenn wir das tun, ist das

sozial angreifbar? Ihre Argumentation ist völliger Unsinn.

(Beifall von FDP und CDU – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Die haben das Geld sogar schon verbraten!)

– Das ist noch schlimmer! Ausgegeben haben sie es auch schon. Stimmt! Sehr gut, Herr Papke!

Die aufgrund der angespannten Finanzlage notwendigen Sparanstrengungen gehen natürlich nicht spurlos am Städtebau- und Wohnungsbaubereich vorbei. In vielen Bereichen ist es uns allerdings gelungen, das Niveau des vergangenen Jahres zu halten. Zudem haben wir überflüssige Befruchtungen im Wohnungsbau reduziert beziehungsweise abgeschafft und werden das auch in Zukunft tun. Ein klares Zeichen, meine Damen und Herren, für die neue Städtebau- und Wohnungspolitik in Nordrhein-Westfalen! – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Wittke das Wort.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lassen Sie mich mit zwei Vorbemerkungen beginnen.

Erstens. Ja, es ist wahr, auch das Bau- und das Verkehrsministerium leistet einen ganz maßgeblichen Beitrag zum Konsolidierungskurs dieser Landesregierung. Es ist auch gut und richtig so, dass das Bau- und Verkehrsministerium das tut, denn damit wird das eingelöst, was ich bei sehr vielen Veranstaltungen in den vergangenen Monaten immer wieder gesagt habe: Sparen ist nicht nur eine Angelegenheit des Finanzministers, sondern Sparen ist eine Angelegenheit des gesamten Landeskabinetts. Darum gibt es selbstverständlich auch aus meinem Haus einen Beitrag zum Sparen. – Wir haben unseren Einsparbeitrag zu 100 % erbracht, so, wie er vom Finanzminister gefordert worden ist.

Ich will eine zweite Vorbemerkung machen: Ja, es ist wahr, wir haben umgesteuert. Wir haben in vielen Bereichen umgesteuert, sowohl in der Wohnungsbaupolitik wie auch in der Städtebaupolitik. Über Verkehrspolitik werden wir ja gleich noch reden. Wir haben das deshalb getan, weil ein Grund für den Regierungswechsel darin bestand, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen ein Umsteuern wollten und weil sie eine Beendigung der

Politik wollten, die Sie über Jahre und teilweise Jahrzehnte zu verantworten hatten. Dabei haben wir uns von drei Überlegungen leiten lassen.

Erstens. Gießkannen haben ausgedient. Zweitens. Füllhörner haben ausgedient. Drittens. Ideologie hat ausgedient.

Ich will das an der Wohnungsbaupolitik deutlich machen.

Erstens. Wir haben das neue Wohnungsbauförderungsprogramm allein an der Richtschnur des demographischen Wandels ausgerichtet. Denn wo, wenn nicht in der Wohnungsbaupolitik, schlägt der demographische Wandel als Allerstes durch? Wir müssen dafür sorgen, dass für ältere Menschen angemessener Wohnraum in Nordrhein-Westfalen erschwinglich ist. Darum geben wir im neuen Landeswohnungsbauprogramm für alten- und – ich sage das ganz bewusst an dieser Stelle – auch für generationengerechtes Wohnen mehr Geld aus. Wir wollen, dass alte Menschen, aber auch junge Familien im sozialen Wohnungsbau ein selbstbestimmtes Leben führen können. Darum ist es wichtig, in diesem Bereich einen neuen Schwerpunkt zu setzen.

Zweitens. Ja, es ist wahr: Wir haben mehr Geld für den Umbau im Bestand ausgegeben. Wir wollen uns nämlich nicht damit abfinden, dass ganze Stadtteile in Nordrhein-Westfalen abzurutschen drohen. Wir müssen die Wohnungsbestände aus der Nachkriegszeit, die Schlichtwohnungsbestände der 50er-Jahre, in Ordnung bringen, damit sie zukunftsfähig werden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Großsiedlungen, die Ende der 60er- und Anfang der 70er-Jahre entstanden sind – Wulfen-Barkenberg nur als Beispiel –, wieder zukunftsfähig und von den Menschen angenommen werden. Hier war ein schnelles Umsteuern notwendig, weil Sie diesen Bereich in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt haben.

Drittens. Wahr ist auch, dass wir einen neuen Schwerpunkt in der Eigentumsbildung gesetzt haben. Wir wollen nämlich, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen so leben und wohnen können, wie sie das wollen. Wir wollen eben nicht Eigentum nur für die Besserverdienenden, sondern wir wollen auch für die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen in Nordrhein-Westfalen Eigentum ermöglichen. Darum gibt es eine neue Schwerpunktsetzung in diesem Bereich – übrigens gerade im Ballungsraum, wo die Eigentumsbildung ganz besonders schwer und ganz besonders teuer ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür haben wir – das ist auch völlig klar – an anderer

Stelle gekürzt. Wenn in Nordrhein-Westfalen Zehntausende von sozial geförderten Mietwohnungen leerstehen, ist zu fragen, ob man in den sozialen Mietwohnungsneubau noch nennenswert investieren muss. Wir haben die Konsequenz gezogen und im Wohnungsbauförderungsprogramm umgesteuert. Ich denke, dass das richtig war.

Liebe Frau Ruff-Händelkes, ich will Ihnen noch etwas zum Thema Landesentwicklungsgesellschaft und Verkauf der Wohnungsbestände sagen. Sie haben von diesem Rednerpult aus gerade zu Recht gesagt: Die LEG hat Schwierigkeiten. Diese sind nicht von ihr selbst verursacht. – Das ist richtig. Ich will Ihnen sagen, wo die beiden Ursachen liegen, warum die Landesentwicklungsgesellschaft Schwierigkeiten hat.

Erstens. Eine politisch motivierte und politisch ausgerichtete Führungsspitze des Unternehmens hat Skandale zu verantworten, denen weder der Bauminister noch sein Staatssekretär als Aufsichtsratsvorsitzender in der Vergangenheit gegengesteuert hat. Das ist Ihre Verantwortung, der Sie sich in den nächsten Monaten stellen müssen.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Wo ist der Beweis? Wo gibt es dazu Urteile?)

Zweitens. Sie haben die finanzielle Handlungsfähigkeit der Gesellschaft geradezu an den Nullpunkt gebracht, indem die Finanzminister in der Vergangenheit – es waren alles sozialdemokratische Finanzminister – eine massive Verschuldung der Landesentwicklungsgesellschaft über die Beteiligungsgesellschaft zugelassen haben. Damit war die Handlungsfähigkeit dieses Unternehmens nicht mehr gegeben.

(Gisela Walsken [SPD]: Völlig daneben!)

Warum sind denn die Wohnungsbestände der LEG weitestgehend so miserabel, wie sie zurzeit dastehen? Weil das Unternehmen nicht in der Lage ist,

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist Unsinn! Das ist die einzige Sparte, die positive Zahlen schreibt!)

mit dem Eigenkapital das dringend Notwendige zu tun. Und Sie sagen, wir seien dafür verantwortlich. „Pfui!“ sage ich an dieser Stelle. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass dieses Unternehmen wirtschaftlich an den Rand der Handlungsunfähigkeit gebracht worden ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir brauchen, um diese Wohnungsbestände wieder zukunftsfähig zu machen, Kapital. Ich gebe offen zu: Das Land Nordrhein-Westfalen hat dieses Kapital nicht. Aber Gott sei Dank gibt es viele Wohnungsbauunternehmen in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus und auch viele sozial engagierte Wohnungsbauunternehmen, die Mieterschutzinteressen als Eigeninteresse sehen, die sich darum bemühen, Wohnungsbestände auf Vordermann zu bringen, und die auch bereit sind, sich finanziell zu engagieren. Auf die bauen wir. Darum – da bin ich sicher – werden wir das gut einlösen können, was wir in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben haben, nämlich die Wohnungsbestände der LEG zu veräußern und gleichzeitig die Interessen der Mieter nicht nur zu berücksichtigen, sondern sogar zu stärken; denn die Mieter müssen ein Interesse daran haben, dass ihre Wohnungsbestände zukunftsfähig gemacht werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch im Bereich Städtebauförderung haben Füllhorn und Gießkanne ausgedient. Wir werden in den nächsten Jahren eine Städtebauförderungspolitik machen, die vier Schwerpunkte umfasst.

Wir wollen uns erstens stärker, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist, um das Thema „Soziale Stadt“ kümmern. Wir wollen uns nicht damit abfinden, dass ganze Stadtteile in Nordrhein-Westfalen – ich wiederhole das, was ich schon vorhin an anderer Stelle gesagt habe – abzurutschen drohen. Ganz im Gegenteil: Wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Das heißt für mich auch, dass wir Stadtteile nicht dauerhaft alimantieren können; aber wir müssen Strukturen schaffen, die dauerhaft dafür sorgen, dass Stadtteile wieder auf die Beine gestellt werden oder gar nicht erst abrutschen. Ich denke, dass dies ein sehr wichtiges Ziel ist.

Zweitens. Wir wollen den Stadtumbau West forcieren. Ich gehöre zu denjenigen im Lande, die als eine der Ersten – wahrscheinlich sogar als der Erste, nämlich in meiner Funktion als Oberbürgermeister von Gelsenkirchen – von der Bundesregierung eingefordert haben, endlich anzuerkennen, dass es Stadtumbaunotwendigkeiten auch im Westen Deutschlands gibt und dass es Stadtumbauprogramme nicht nur für den Osten Deutschland geben darf. Gott sei Dank hat die Bundesregierung das erkannt, und Gott sei Dank hat die neue Bundesregierung noch ein Schüppchen draufgelegt. Wir werden diese Mittel einsetzen, um die Städte, die vom demographischen Wandel und allen damit einhergehenden Schwie-

rigkeiten ganz besonders betroffen sind, künftig stärker zu unterstützen, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Drittens. Wir werden uns stärker als in der Vergangenheit um das Thema „Innenstadtrevitalisierung und Innenstadtsicherung“ kümmern. Das ist im Übrigen nicht nur eine Frage der Finanzen, sondern das ist auch eine Frage des Planungsrechtes. Darum begrüße ich es außerordentlich, dass wir uns in einer gemeinsamen Aktion – Wirtschaftsministerin und Städtebauminister – dazu entschlossen haben, Mut zum Planen zu haben. Jawohl, wir wollen Wildwuchs nicht weiter zulassen, wir wollen insbesondere den Gang auf die grüne Wiese verhindern und einschränken, weil wir keine amerikanischen Verhältnisse in unseren Innenstädten haben wollen.

(Gisela Walsken [SPD]: In der Tradition von Minister Vesper!)

Das bedarf Mut zur Planung, den Sie, liebe Frau Walsken, jahrelang nicht hatten, weil Herr Clement und Herr Steinbrück als Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen „Wildwest“ zugelassen haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden einen Schwerpunkt weiter ausfeilen, nämlich den der interkommunalen Zusammenarbeit. Da ist das Instrument der Regionalen ein sehr, sehr gutes und ein in der Vergangenheit sehr gut erprobtes. Das wollen wir weiter fördern.

Sie sehen, dass wir damit eine Reihe von neuen Schwerpunkten gesetzt haben. Mit einem haben wir allerdings Schluss gemacht: Wir werden bei der Städtebauförderung kein einziges Projekt mehr fördern, wo nicht am Anfang feststeht, welche Kosten am Ende damit verbunden sind, und wo nicht am Anfang feststeht, wie die Folge- und Betriebskosten auch künftig von den Kommunen getragen werden können.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Dr. Axel Horstmann [SPD])

Wir werden Schluss machen mit der Politik, Herr Horstmann, die Sie zu verantworten hatten: dass Kommunen in Abhängigkeiten getrieben und an den Rand der finanziellen Handlungsunfähigkeit gebracht wurden, weil Sie Projekte zwar ausfinanziert haben, aber bei der Ausfinanzierung der Folgekosten und der Betriebskosten die Kommunen im Regen haben stehen lassen. Davon gibt

es Dutzende Beispiele im Land. Es ist Ihre Verantwortung,

(Beifall von der CDU)

dass Kommunen mittlerweile handlungsunfähig sind, weil sie sich in finanzielle Abenteuer geworfen haben.

Dazu gehört auch, dass wir beim Grundstücksfonds an der einen oder anderen Stelle, Herr Kollege Becker, Korrekturen vornehmen. Es ist falsch, was Sie hier gerade vorgetragen haben, dass der Grundstücksfonds ein Instrument des Ruhrgebietes sei. Es mag sein, wenn man aus einem südlichen Landesteil kommt, dass man nicht so ganz den Überblick über ganz Nordrhein-Westfalen hat. Aber der Grundstücksfonds hat beispielsweise Projekte in Gronau – das ist im Münsterland; falls Sie nicht sofort wissen, wo Gronau einzusortieren ist –, in Alsdorf – Bereich Aachen; für Geographen eine Binsenweisheit, für den einen oder anderen hier im Hause vielleicht nicht –, in Marsberg im Hochsauerlandkreis, in Köln, in Grevenbroich, in Eschweiler und in anderen Städten auf den Weg gebracht. Sie sehen also, der Grundstücksfonds ist keine Exklusivveranstaltung im Ruhrgebiet; er wird es auch künftig nicht sein.

Aber wir werden – das will ich an dieser Stelle gerne ankündigen – damit Schluss machen, überall die 1a-Lösung zu realisieren. Wir werden an der einen oder anderen Stelle das eine oder andere Luxusteilprojekt zurückführen müssen, weil wir im Grundstücksfonds ein Kerngeschäft sehen. Das bedeutet, keine Narben in den Städten entstehen zu lassen, sondern Flächen so schnell wie möglich an den Markt zu bringen und einer Folgenutzung zuzuführen.

(Zuruf von Dr. Axel Horstmann [SPD])

Dazu ist nicht der Erhalt eines jeden alten industriellen Backsteingebäudes notwendig, dazu ist nicht an jeder Stelle die 1a-Lösung erforderlich, sondern wir wollen das mit Solidität und insbesondere auf den Markt ausgerichtet tun, weil wir glauben, dass der Grundstücksfonds stärker marktwirtschaftlich orientiert sein muss.

Sie sehen also, meine Damen und Herren: Gießkanne hat ausgedient, Füllhorn hat ausgedient, Ideologie hat ausgedient. Wir machen eine pragmatische Wohnungsbau- und Städtebaupolitik im Interesse der Menschen unseres Landes. Da gibt es in der Tat noch eine Menge zu tun. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Die nächste Wortmeldung kommt von der SPD-Fraktion. Der Abgeordnete Hilser hat das Wort.

Dieter Hilser (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich muss es kurz und schnell machen, wir haben nur noch zwei Minuten Redezeit.

(Gisela Walsken [SPD]: Reicht!)

Herr Minister Wittke, deshalb sage ich kurz in Stichworten: Nehmen Sie doch den Mund nicht so voll mit Projekten, die in Angriff genommen, aber nicht zu Ende geführt werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben in Gelsenkirchen als Oberbürgermeister das Hans-Sachs-Projekt in Angriff genommen; das Ding ist immer noch in der Schwebelage.

(Minister Oliver Wittke: Wäre ich noch Oberbürgermeister, hätten wir aber jetzt Entscheidungen, Herr Kollege!)

Also machen Sie ein bisschen halblang und hauen Sie nicht so auf den Putz.

Punkt 2: LEG, und das jetzt in aller Ruhe. Sie haben zwei Gründe angeführt, warum die LEG aus Ihrer Sicht so schlecht dasteht. Der erste Grund, es läge an der politischen Führung, war eine Behauptung ohne Beleg. Die LEG wurde auch bisher durch eine normale Geschäftsführung vertreten und wirtschaftlich geführt.

(Gisela Walsken [SPD]: Exakt!)

Daran hat sich überhaupt nichts geändert.

(Zurufe von der CDU)

Das war eine Behauptung ohne Beleg – regen Sie sich nicht so auf –, ohne jede Beweisführung.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Zum Schaden einer Landesregierung!)

Viel schlimmer ist aber, dass der zuständige Fachminister die LEG bezichtigt, in einem schlechten wirtschaftlichen Zustand zu sein. Gerade im Wohnungsbereich ist das Gegenteil der Fall. Jeder, der Ahnung hat, weiß das. Da kann ich nur den Umkehrschluss ziehen: Sie haben keine Ahnung, Herr Minister, wovon Sie reden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Gisela Walsken [SPD]: So ist es!)

Die Wohnungssparte der LEG schreibt in jedem Jahresrechnungsbild schwarze Zahlen. Die Wohnungssparte ist die einzige Sparte der Lan-

desentwicklungsgesellschaft, die Jahr für Jahr schwarze Zahlen schreibt,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und die wollen Sie verkaufen.

Letzter Punkt – es muss ja schnell gehen –: Mieterschutz. Herr Rasche, Ihr Beitrag war ganz in Ordnung bis auf den Ausflug zur LEG, wo Sie Ihren ordnungspolitischen Anflug bekommen haben. Die LEG war in der Tat durch die damalige rot-grüne Landesregierung auf der Verkaufsliste, aber sie sollte unter öffentlich-rechtlicher Kontrolle bleiben. Das ist der Unterschied.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie müssen die Anmerkung im Haushaltsplan lesen! Da steht das drin! – Ralf Witzel [FDP]: Privat vor Staat!)

Es gibt noch einen Unterschied: Zu der Zeit hatten wir in Nordrhein-Westfalen einen gesetzlichen Mieterschutz von sechs und acht Jahren, also deutlich besser als auf Bundesebene. Sie reduzieren diesen Mieterschutz genau zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie den Wohnungsbereich der LEG verkaufen und auf den Markt schmeißen wollen. Sie verschlechtern also Mieterschutzbedingungen genau zu dem Zeitpunkt, wo die Mieter eigentlich einen besseren Schutz bräuchten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Von daher ist das, was Sie unter Bürokratieabbau verstehen, im Prinzip ein Generalangriff auf die Mieterschutzrechte in Nordrhein-Westfalen. Die Mieterinnen und Mieter werden sich dafür bei Ihnen bedanken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Hilser. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Schemmer das Wort.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wohnungsgesellschaft LEG hat schwarze Zahlen geschrieben, habe ich gerade noch einmal gehört.

(Dieter Hilser [SPD]: Der Wohnungsbereich! Zuhören!)

In der Kürze der Zeit will ich beispielsweise noch einmal auf den Verkauf Hamm/Schottschleife verweisen. Wir könnten noch ein paar andere Dinge durchgehen; bei dem Thema LEG fällt mir noch eine Menge ein.

Herr Becker sprach davon, dass soziale Verwerfungen bei der Veräußerung von LEG-Wohnungen entstehen würden.

(Gisela Walsken [SPD]: Da hat er Recht!)

Die einzigen sozialen Verwerfungen, die ich bisher bei der LEG gesehen habe, waren die bei früheren Vorstandsmitgliedern der LEG. Andere soziale Verwerfungen habe ich bisher noch nicht gesehen.

(Gisela Walsken [SPD]: Wo denn? Nennen Sie die doch mal konkret!)

Wir werden dafür Sorge tragen, dass sie auch ansonsten nicht eintreffen.

(Gisela Walsken [SPD]: Werden Sie mal konkret! Unverschämtheit! Das gibt bald ein Verfahren!)

Thema Ausgleichsabgabe: Durch lautes Schreien, Frau Walsken, wird die Frage einer gemischten Wohnbevölkerung in den Quartieren der 60er- und 70er-Jahre nicht besser. Zu den Quartieren der 60er- und 70er-Jahre möchte ich noch das eine oder andere in der Kürze der Zeit sagen:

In der Vergangenheit ist viel Geld ausgegeben worden, um sozialdemokratischen landes- und stadtplanerischen Fehlleistungen Rechnung zu tragen. Schauen Sie sich das Beispiel Wulfen-Barkenbergr an. Es waren in alter Sozialistenmanner Ihre Leute, die Satellitenstädte wie Wulfen-Barkenbergr haben entstehen lassen. Es wurde von der Neuen Heimat, die im Übrigen dann an die LEG verkauft wurde, Massenwohnungsbau ohne Ende betrieben. Schauen Sie sich einmal an, wofür wir inzwischen Stadterneuerungsmittel ausgeben! – Ausschließlich zur Reparatur Ihrer wohnungspolitischen Fehlleistungen der 60er- und 70er-Jahre!

(Beifall von der CDU)

Wir haben im letzten Jahr 4,3 Millionen € für Barkenbergr ausgegeben und müssen in den kommenden Jahren noch einmal 13 Millionen € ausgeben, um diese alten, misslungenen Wohnungsbestände abzureißen. Das ist die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen, über die wir eigentlich reden müssten.

Gleichzeitig haben Sie bereits vorweg so viel über Verpflichtungsermächtigungen festgelegt, dass wir im Bereich der Stadterneuerungsmittel als Landtag schlicht und einfach handlungsunfähig sind. Das ist die Situation, die Sie nach zehn Jah-

ren Rot-Grün und nach insgesamt fast 40 Jahren SPD-Städtebaupolitik hinterlassen haben.

(Bodo Wißen [SPD]: Wann wollen Sie denn anfangen zu regieren?)

Wir haben eine riesengroße Aufgabe vor uns, diese Dinge wieder in Ordnung zu bringen. Wir werden das machen, wir werden das schaffen, und wir sind auf einem guten Weg. An Ihnen wird es nicht liegen, uns dabei aufzuhalten. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schemmer. – Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Abgeordnete Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Normalerweise äußere ich mich nicht zu dem Themenkreis Städtebau und Wohnen, aber wenn in dieser Art und Weise über ein Unternehmen, das gute Arbeit leistet – und das ist bei der LEG der Fall –,

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Gisela Walsken [SPD]: Genau! Unerträglich!)

hergezogen wird, dann kann ich das nicht so stehen lassen.

Lieber Herr Abgeordneter Schulte, wir hatten viele Konflikte in diesem Zusammenhang. Sie wissen genau, dass die Staatsanwaltschaft weiterhin gegen ehemalige Geschäftsführer ermittelt,

(Zuruf von der CDU: Aha!)

teilweise ohne nach mittlerweile 14 Monaten zu Ergebnissen gekommen zu sein, teilweise ohne bisher Akteneinsicht zu gewähren.

(Gisela Walsken [SPD]: Ohne jeden Anhaltspunkt! Sie wissen das auch!)

Ich frage mich, wie eine Partei, die das „C“ im Namen trägt, die sich immer viel auf ihre Rechtsstaatlichkeit zugute hält, in dieser Art und Weise vorverurteilen kann.

Der von Ihnen immer angesprochene frühere Aufsichtsratsvorsitzende, der ehemalige Staatssekretär Manfred Morgenstern, ist entgegen Ihrer Darstellung zu keinem Zeitpunkt Beschuldigter irgendeines Verfahrens gewesen. Er hat seinen Job ordentlich gemacht, er hat hervorragende Arbeit geleistet. Dass die LEG insgesamt 1 Milliarde € in ein Modernisierungsprogramm von Wohnungen der ehemaligen Neuen Heimat steckt, dass sie diese Wohnungen modernisiert, um sie

marktfähig zu halten und damit den Wert des Unternehmens zu erhalten, kann man nicht kritisieren, sondern das ist im Gegenteil zu loben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie reden ein Unternehmen schlecht, das sich große Verdienste um das Land Nordrhein-Westfalen und gerade um die Entwicklung im Ruhrgebiet erworben hat. Und erst gestern haben wir über die Kulturhauptstadt gesprochen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Viele Gebiete dort hätten ohne die LEG nicht ihr heutiges Gesicht. Die LEG hat mit der Neuen Heimat ein schweres Erbe übernommen. Daran hat sie nach wie vor zu knacken. Und darum finde ich es nicht in Ordnung, das Unternehmen in dieser Form schlechztureden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Dr. Vesper, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage, auf die Sie dann noch antworten könnten?

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Gut.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Sahnen möchte Ihnen eine Frage stellen. Bitte schön.

Heinz Sahnen (CDU): Herr Dr. Vesper, sind Sie bereit zur Kenntnis zu nehmen, dass seitens der CDU-Vertreter hier kein Mensch behauptet hat, dass nicht der Aufsichtsratsvorsitzende als Person, sondern der Vorstand insgesamt benannt worden ist.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, der Minister!)

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Mir ist berichtet worden, es sei die politische Führung angesprochen worden. Ich habe im Zusammenhang mit der LEG zu keinem Zeitpunkt – das weiß Herr Wittke; darüber haben wir öfter gesprochen – politische oder gar parteipolitische Entscheidungen getroffen, sondern immer Entscheidungen, die im Interesse des Unternehmens und damit im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen gewesen sind.

(Widerspruch von der CDU – Bernhard Schemmer [CDU]: Das ist ein Witz)

Ich will noch einmal sagen: Sie machen das vielleicht nicht im Plenum, Herr Schemmer, aber Sie tun es immer wieder subkutan und versuchen auf diese Art und Weise, das Unternehmen in negative Schlagzeilen zu bringen. Ich verstehe das nicht. Sie wollen es doch verkaufen. Sie reden es schlecht, drücken damit selber den Kaufpreis und

widersprechen so Ihren eigenen Interessen. Das ist verkehrt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Vesper. – Der zuständige Minister, Herr Wittke, hat noch einmal ums Wort gebeten. Die Redezeit ist zwar abgelaufen, aber Sie dürfen selbstverständlich noch reden. Damit eröffnet sich jedoch für die anderen Fraktionen die Möglichkeit, darauf noch einmal zu antworten.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Vesper, da Sie nun anwesend sind und das, was hier gesprochen wird, Ihnen nicht nur zuge tragen wird, sondern Sie es 1:1 hören, will ich einige Dinge klarstellen.

Erstens. Ich attestiere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesentwicklungsgesellschaft ausdrücklich eine gute Arbeit in den vergangenen Jahren und in schwierigen Zeiten.

(Beifall von Christof Rasche [FDP])

Ich gehe sogar so weit zu sagen: Sie haben, wenn man die Umstände berücksichtigt, unter denen sie dort arbeiten mussten, eine exzellente Arbeit geleistet.

(Beifall von CDU und FDP)

Zweitens. Ich nehme von diesem Lob und dieser Anerkennung ausdrücklich die Geschäftsführungen der LEG der letzten Jahre aus. Diese Geschäftsführungen sind – das wissen Sie – parteipolitisch besetzt worden.

(Beifall von CDU und FDP)

Es standen Sozialdemokraten an der Spitze, und es war Parteipolitik, die den Ausschlag gegeben hat. Das müssen nicht Sie sich vorhalten lassen, sondern Ihre Koalitionspartner aus der Vergangenheit.

Damit haben wir aufgeräumt. Wir haben uns von sachlichen Erwägungen leiten lassen, wer künftig für die Geschicke dieses für unser Land wichtigen Unternehmens verantwortlich sein soll.

Drittens. Ich bleibe dabei, dass selbstverständlich das zuständige Ministerium bei den Missständen, die es dort in der Vergangenheit gab und die abgestellt sind – das sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich gesagt –, hätte einschreiten müssen. Es ist natürlich eine Frage der Führungsspitze des Bauministeriums gewesen und damit auch Ihrer persönlichen Verantwortung, wie

man mit den Vorgängen – ich sage es nun präziser – in der Geschäftsführung, nicht in der LEG, umgegangen ist. Da haben sowohl Ihr Staatssekretär als auch Sie in der Vergangenheit Schuld auf sich geladen.

(Beifall von CDU und FDP)

Viertens. Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass die Handlungsmöglichkeiten der Landesentwicklungsgesellschaft massiv dadurch eingeschränkt wurden, dass der Finanzminister dieses Unternehmen wie ein Blutsauger ausgesaugt hat. Es gab dort keine ausreichende Kapitalausstattung und keine ausreichende Liquidität. Für jeden einzelnen Euro, der investiert werden musste – es war notwendig zu investieren –, mussten Wohnungen verkauft werden. Dieses Unternehmen hat quasi von der Substanz gelebt.

So haben wir das Unternehmen vorgefunden. Wir brauchen eine Kapitalzufuhr für dieses Unternehmen. Wir brauchen Geld, das dort investiert wird, um Wohnungen zukunftsfähig zu machen und den heute guten Vermietungsstand bei der LEG dauerhaft zu halten. Die Investitionsquote ist zu gering.

Ich sage ganz offen, wir haben als Land Nordrhein-Westfalen nicht das Geld dazu. Deshalb wollen wir die Wohnungen veräußern, weil wir privates Kapital mobilisieren wollen, um dieses für unser Land wichtige Unternehmen zukunftsfähig zu gestalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Sie haben die Redezeit um knapp vier Minuten überzogen. Daher muss ich den anderen Fraktionen die Möglichkeit zur Replik geben. Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Hilser gemeldet, und ich habe die Meldung von Herrn Vesper gesehen. Bitte schön, Herr Hilser.

Dieter Hilser (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, ich bitte Sie noch einmal, hier in diesem Raum endlich von den Unterstellungen gegen ehemalige Beschäftigte der LEG, die durch nichts zu beweisen sind, Abstand zu nehmen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Man kann sich über politische Verantwortlichkeiten austauschen und darüber diskutieren, wer wann welche möglicherweise falsche Entscheidung getroffen hat, aber nicht auf diesem Niveau.

Außerdem, Herr Minister, finde ich es schon langsam peinlich, wie Sie sich als Fachminister auführen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich erkläre auch, warum. – Sie haben als zuständiger Fachminister erklärt, der LEG müsse aus dem Landeshaushalt Kapital zugeführt werden. Das ist blanker Unsinn. Wir haben vorhin erklärt, die LEG schreibt insbesondere im Wohnbereich Jahr für Jahr schwarze Zahlen. Wenn man das zugrunde legt, ist das Gegenteil der Fall.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn irgendein Abgeordneter aus Reken solche Behauptungen wie Sie aufstellen würde, kann man darüber hinweggehen. Aber wenn der Fachminister, der für dieses Unternehmen indirekt zuständig ist, im Landtag einen solchen Unsinn verzapft, ist das nicht mehr zu akzeptieren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ein letzter Punkt, auf den Kollege Vesper hingewiesen hat. Sie wissen nicht, was Sie wollen; das ist klar. Sie bekommen das Gutachten erst im Herbst. Sie wissen noch nicht, ob Sie die LEG ganz oder anteilig verkaufen, ob Sie die Wohnungen verkaufen, ob Sie einzelne Wohnungen oder alle verkaufen, Sie wissen nur, dass Sie verkaufen. Sie wissen auch nicht, zu welchem Preis Sie verkaufen. Sie wissen aber, dass Sie verkaufen. Vor diesem Hintergrund das Unternehmen, das Sie verkaufen wollen, seit einer halben Stunde schlechtzureden, zeugt von völligem Chaos in dieser Landesregierung und bei den beiden Regierungsfractionen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Hilser. – Für Bündnis 90/die Grünen hat Herr Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist schon eine ziemliche Ungeheuerlichkeit, die Sie sich hier erlaubt haben, lieber Herr Wittke.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

So geht man auch mit seinem Amtsvorgänger nicht um. Ich habe zu keinem Zeitpunkt in den zehn Jahren meiner Amtszeit in Sachen LEG irgendwelche Schuld auf mich geladen. Ich habe die unerfreulichen Vorgänge, die damals vor knapp zwei Jahren, niemand so sehr bedauert hat wie ich, sofort zum Anlass genommen, einen Tag später den ersten betroffenen Geschäftsführer zu

beurlauben und mit ihm zu vereinbaren, dass er sofort aus der LEG ausscheidet. Zweitens sind die beiden anderen Geschäftsführer beziehungsweise Geschäftsführerinnen ebenfalls sofort nach Bekanntwerden von Vorwürfen beurlaubt worden. Für sie gilt nach wie vor die Unschuldsvermutung. Das Ermittlungsverfahren ist bisher noch nicht abgeschlossen worden. Deswegen gibt es überhaupt keinen Grund für Sie, sich als Richter aufzuspielen und zu sagen, wer Schuld auf sich geladen hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich will noch einmal darauf hinweisen: In den zehn Jahren meiner Verantwortung für die LEG hat dieses Unternehmen erstens eine grundlegende Neustrukturierung durchgemacht, die von der gesamten Fachwelt allseits gelobt worden ist. In dieser Zeit ist es gelungen, die LEG aus roten Zahlen in schwarze Zahlen zu führen. Das Unternehmen ist ein grundsolides, in ganz Deutschland positiv beleumundetes Unternehmen geworden. Da lasse ich mir von Ihnen nicht sagen, dass die Führung politisch Schuld auf sich geladen hätte, schon gar nicht von jemandem, der – ich erinnere nur an das Hans-Sachs-Haus in Gelsenkirchen – in anderen Punkten gezeigt hat, wie wenig er von der Sache versteht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie wirklich, diese Art und Weise der Auseinandersetzung mit diesem positiven Unternehmen – das sage ich auch heute aus der Opposition heraus – zu beenden, weil Sie damit den Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen schaden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Vesper. – Möchten Sie sich auch zu Wort melden, Herr Minister? – Erst kommen die Fraktionen an die Reihe. Herr Schemmer für die CDU-Fraktion, bitte.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Präsident! Zwei Anmerkungen. Wir sind an einer positiven Entwicklung der LEG sehr interessiert,

(Dr. Michael Vesper [GRÜNE]: Ach nee! – Zuruf von Gisela Walsken [SPD] – Bodo Wißen [SPD]: Unglaublich!)

sie zu verbessern und dann die LEG so an den Markt zu bringen, wie es eigentlich sein müsste und sein sollte.

(Bodo Wißen [SPD]: Das müssen Sie dem Minister mal erzählen!)

Ich habe nicht von ungefähr Wulfen-Barkenberg erwähnt, ich kann noch Hamm/Schlottschleife und Oberhausen erwähnen. Wir können all die Beispiele aufzählen, die es in der Vergangenheit bei der LEG gegeben hat.

Eines, Herr Exminister Vesper, muss ich Ihnen noch kurz ins Gedächtnis rufen. Sie haben zwar, als die Staatsanwaltschaft schon tätig war, irgendwann gehandelt, aber vorher haben sowohl Sie als Person, als auch Ihr Staatssekretär schlicht und einfach die Vorgänge bei der LEG verschlafen.

(Zuruf von Dr. Michael Vesper [GRÜNE])

Das ist die Wahrheit, das ist die Entstehung. Auf der Basis würde ich mich nicht so scheinheilig hier hinstellen und die Dinge so verkünden, wie Sie es gerade gemacht haben.

(Beifall von der CDU – Gisela Walsken [SPD]: Was? – Dr. Michael Vesper [GRÜNE]: Das ist nicht wahr! – Bodo Wißen [SPD]: Jetzt fängt der auch noch an!)

Vizepräsident Edgar Moron: Danke, Herr Schemmer. – Jetzt hat Herr Wittke als zuständiger Minister noch einmal das Wort.

(Dieter Hilser [SPD]: Das wird auch nichts mehr helfen!)

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hilser, ich finde es schon verwunderlich, wie Sie sich als Diplomvolkswirt hier hinstellen und sagen können, wirtschaftlich sei das alles ganz prima bei der LEG. Da werde eine gute Arbeit geleistet. Die schlössen mit schwarzen Zahlen ab. Das sei prima.

Sie sind nicht durch eigenes Verschulden in die finanzielle Handlungsunfähigkeit geraten, sondern durch politisches Verschulden der Vorgängerlandesregierung,

(Bodo Wißen [SPD]: Wo sind wir handlungsunfähig?)

weil Sie zu verantworten haben, dass dieses Unternehmen mittlerweile mit über 2 Milliarden € bei der Beteiligungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen in der Kreide steht.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja und?)

Darum ist dieses Unternehmen in seiner Weiterentwicklung gehemmt worden, durch Sie politisch gehemmt, nicht durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die haben in der Vergangenheit einen guten Job gemacht, und die werden auch künftig einen guten Job machen. Dessen bin ich mir ganz sicher.

(Bodo Wißen [SPD]: Wissen Sie, wie hoch das Vermögen ist?)

Eine zweite Bemerkung will ich an dieser Stelle machen. Ich habe den Eindruck, dass der eine oder andere gar nicht so sehr das Interesse des Unternehmens, das Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens oder gar das Interesse der Mieterinnen und Mieter im Sinn hat, sondern Ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition – das zieht sich wie ein rotgrüner Faden durch die Diskussion der vergangenen Woche –, geht es darum, möglichst viel Unruhe in die Mieterschaft der LEG zu bringen.

(Widerspruch von Gisela Walsken [SPD])

Sie haben offenbar die Absicht, dort einen Kampfplatz zu eröffnen, indem Sie Menschen im Lande verunsichern, denen an keiner Stelle irgendeine Unbill droht.

Uns geht es darum, die Wohnungsbestände der Mieterinnen und Mieter der Landesentwicklungsgesellschaft – das betrifft über 100.000 Familien – für die Zukunft zu sichern. Dazu sind Investitionen notwendig.

(Zuruf von Oliver Keymis [GRÜNE])

Ich bestätige noch einmal ausdrücklich: Die LEG ist ein gutes, ein gesundes Unternehmen, aber sie ist finanziell nicht in der Lage, das zu tun, was notwendig wäre, um dieses Unternehmen und insbesondere die Wohnungen und damit die Mieterinnen und Mieter in eine gute Zukunft zu führen. Darum besteht Handlungsbedarf, und um nichts anderes kümmern wir uns in den kommenden Wochen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, meine Damen und Herren. Vielen Dank, Herr Minister. – Ich beende den Teil dieser Debatte; wir können sie sonst endlos lange fortsetzen. Es wird noch andere Gelegenheiten geben, darüber zu diskutieren.

Wir kommen jetzt zum zweiten Teilbereich. Über den ersten Teilbereich, „Städtebau und Wohnen“, haben wir hinreichend gesprochen.

Jetzt haben wir den **Teilbereich „Verkehr“** vor uns.

Für die SPD-Fraktion eröffnet der Abgeordnete Bodo Wißen die Debatte. Bitte schön.

Bodo Wißen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung gestatte ich mir noch zu dem, was hier gerade passiert ist. Ich möchte Ihnen das als junger Abgeordneter mitteilen. Herr Minister, Sie heben nicht die Trennung zwischen Exekutive und Judikative auf. Sie nicht!

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

Nun zum Thema! Wie stark Wunsch und Wirklichkeit von Schwarz-Gelb auseinander fallen, beweist nicht zuletzt der vor uns liegende Haushalt für das Jahr 2006. Anders als versprochen – das ist der Maßstab, den die Wählerinnen und Wähler angelegt haben – legen Sie den größten Schuldenhaushalt, den es in Nordrhein-Westfalen jemals gegeben hat, vor. Da helfen auch nicht die immer wieder behaupteten Konsolidierungsversprechen, die sowieso ins Leere gehen, weil Sie Ihre Klientel bedienen müssen. Allerdings haben Sie auch diejenigen, die nicht zu Ihrer Klientel gehören, alles versprochen, um nach 39 Jahren Opposition endlich an die Macht zu kommen.

Es sei noch einmal erinnert: Auf Ihren Wahlplakaten stand eben nicht: Dieses Wahlversprechen gilt nur unter Finanzierungsvorbehalt.

(Christof Rasche [FDP]: Keine Mehrwertsteuererhöhung!)

Ganz anders als versprochen, kürzen Sie bei den Kleinen. Dies trifft nicht zuletzt auch den Verkehrsbereich. Mobilität ist ein wichtiges Anliegen, gerade von jungen Menschen. Der Ministerpräsident erklärte dieses Jahr zum Jahr des Kindes. Das suggeriert, dass Kindern und Jugendlichen in unserem Lande nun eine besondere Aufmerksamkeit zuteil wird. Gleichzeitig kürzt die Regierung jedoch den Landeszuschuss an die Verkehrsunternehmen für Schülerbeförderungskosten um 24,7 Millionen €. Das führt dazu, dass Schülertickets erheblich teurer werden und insbesondere im ländlichen Raum, Verkehr voraussichtlich reduziert oder sogar eingestellt werden muss. Die Leidtragenden sind die Schülerinnen und Schüler. Ihnen stehen häufig keine Mobilitätsmöglichkeiten zur Verfügung.

Wir haben das angekündigte Jahr des Kindes ganz anders verstanden. Jetzt wissen wir, was damit eigentlich gemeint war, nämlich dass gerade bei Kindern in unserem Land Einsparungen erfolgen sollen. Andere gesellschaftliche Gruppen werden mit Angst darauf schauen, wer demnächst das zweifelhafte Privileg bekommt. Mit einem Jahr der besonderen Aufmerksamkeit durch die Landesregierung bedacht zu werden, verheißt dies doch offensichtlich massive Kürzungen.

(Beifall von der SPD)

Da hilft auch nicht die nachträgliche Änderung des ÖPNV-Gesetzes durch Neufassung des § 10 Haushaltsbegleitgesetz. Nicht nur die parlamentarische Einbringung dieser Änderung war handwerklich wie fachlich katastrophal, denn es bedurfte einer Ältestenratssitzung, um üblichen parlamentarischen Verfahren Geltung zu verschaffen, sondern auch die Wirkung dieser Gesetzesinitiative ist äußerst bescheiden.

20 Millionen € werden vor allem zugunsten des ländlichen Raums zur Abmilderung der Kürzungen bei der Schülerfahrtkostenerstattung einmalig aus den Haushaltsresten des Vorjahres eingesetzt. Eine Beantwortung der Frage, wie wir Mittel des ÖPNV finanzieren wollen, fehlt gänzlich. Mit der Förderung von Kilometern statt einer Beachtung der Kundennachfrage verlässt die FDP ihren ach so marktwirtschaftlichen Kurs. Demnächst werden Kilometer statt Kunden eine Rolle spielen, Quantität geht da vor Qualität.

Die Landesregierung konnte sich nicht gegen die CDU-Fraktion durchsetzen. Statt einfach die Kürzungen zurückzunehmen, bauscht sie neue Förderatbestände auf. Angemerkt sei noch, dass im Fachausschuss die Unionsfraktionen keinen einzigen Änderungsantrag eingebracht haben. Goldfische sind hier deutlich kommunikativer.

(Allgemeine Heiterkeit)

Widerlegt ist nun auch die von Minister Wittke wiederholt gemachte Aussage, im ÖPNV würde in diesem Jahr nicht gekürzt. Wenn dem so wäre, dann wäre auch eine Kompensation in diesem Jahr nicht nötig. Viel mehr werden Regionalisierungsmittel des Bundes zweckentfremdet eingesetzt und damit die anstehenden Verhandlungspositionen Nordrhein-Westfalens bei der Novellierung des Bundesregionalisierungsgesetzes erheblich verschlechtert. Minister Wittke hat schon im Vorfeld in der Verkehrsministerkonferenz Nordrhein-Westfalen ohne Grund im Stich gelassen und einer Kürzung der Bundesmittel ab 2007 zugestimmt. Dass ist so, als wenn man als Arbeitnehmer zu seinem Chef geht, sowieso schon we-

nig in der Lohntüte hat und zu ihm sagt: Chef, ich verzichte ab nächsten Monat auf 10 % meines Einkommens.

Um bei dem Bild zu bleiben: Zuhause würde er dann Frau und Kindern erzählen, wie ungerecht die Welt doch ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schlechter, Herr Minister, kann man die Interessen unseres Landes gar nicht mehr vertreten. Sehr geehrte Damen und Herren, zurück zum postulierten Jahr des Kindes. In diesem Jahr des Kindes wird bei der Verkehrssicherheit erheblich gekürzt. Mit diesen Mitteln wird die Unfallpräventionsarbeit der nordrhein-westfälischen Landesverkehrswacht für Kinder und Jugendliche finanziert. Dies ist sehr wichtig, denn gerade Kinder und Jugendliche sind laut der Verkehrsunfallstatistik überproportional an Verkehrsunfällen beteiligt.

Der frühere verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion und gleichzeitig Präsident der Landesverkehrswacht NRW teilte vor dem Hintergrund dieser Mittelkürzungen allen Landtagsabgeordneten mit, dass dies dazu führen wird, dass künftig das Material für Radfahrprüfungen in den Schulen nicht mehr zur Verfügung stünde, dass außerdem die von der Landesverkehrswacht durchgeführten Sehtests nicht mehr stattfinden könnten und Vorträge für Jugendliche entfallen werden.

Auch in diesem Punkt meint das Jahr des Kindes anscheinend die besondere Belastung von Kindern und Jugendlichen.

Sehr geehrte Damen und Herren, anscheinend müssen wir uns daran gewöhnen, die Ankündigungen und Aussagen der Landesregierung im entgegen gesetzten Wortsinn zu interpretieren, um so ihr Handeln verstehen zu können. Dies gilt übrigens auch für das CDU-Wahlversprechen, ein Sonderprogramm Infrastruktur 2010 einzuführen. Von dieser Ankündigung ist im vorliegenden Haushalt nichts mehr festzustellen.

Schnell und laut den Bürgerinnen und Bürgern versprochen, noch schneller dem kollektiven Gedächtnis dieser Regierung entschwunden. Der beabsichtigte Etat für Verkehrsinvestitionen unterschreitet die von der Landesregierung im Rahmen der integrierten Gesamtverkehrsplanung vorgeschlagene Verkehrsinvestition um etwa ein Drittel.

So ist bereits heute die Verkehrsinfrastrukturbedarfsplanung vor der Abstimmung im Parlament erheblich unterfinanziert, auch hier somit nur Blendwerk und Attrappe. Dabei hat gerade die FDP zu ihren Oppositionszeiten mit Forderungen nach erheblichen Erhöhungen beim Landesstra-

ßenbau von zusätzlich über 160 Millionen € pro Jahr gegläntzt. Dem wird sie in der heutigen Regierungsverantwortung nicht mehr nachkommen, obwohl sich der Zustand der Verkehrsinfrastruktur und der Bedarf zwischenzeitlich nicht sonderlich geändert haben dürfte.

Sehr geehrte Damen und Herren, zusammenfassend scheint der Verkehrsetat klare rückläufige Tendenzen auch nur ansatzweise zu zeigen wohin die Verkehrspolitik hingehen soll. Diese Sicherung nachhaltiger Mobilität für Wirtschaft und breite Bevölkerungsschichten in unserem Land ist aus diesem Verkehrsetat nicht zu erkennen. So bleibt festzuhalten: Auch für den Verkehrsbereich gilt: versprochen, gebrochen!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wißen. Es war nicht ganz klar, ob Sie ihre Rede fortsetzen wollten oder ob das das Ende war. Wir fassen das jetzt als das Ende auf.

Jetzt hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Bernd Schulte das Wort.

Bernd Schulte (CDU): Ich teilte auch Ihre Befürchtung, dass es weitergeht.

Vizepräsident Edgar Moron: Na, dann warten wir einmal ab, was Sie jetzt machen.

Bernd Schulte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Land ist eine dicht besiedelte Region mitten in Europa und ein wichtiges Transitland. Die Sicherung der Mobilität ist deshalb eine vorrangige Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge. Wir haben in unserem Programm vor der Wahl beschrieben, wie wir uns eine neue Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen vorstellen. Dafür haben wir ein überzeugendes Mandat erhalten und nach der Wahl mit der FDP die Umsetzung verabredet.

Klar ist, dass die Verkehrsströme nicht von einem Verkehrsträger, sondern nur in Arbeitsteilung aller Verkehrsmittel bewältigt werden können. Deshalb wird es keine ideologische Bevorzugung eines bestimmten Verkehrsträgers geben.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

Das heißt im Klartext: Die Schiene wird weder innerhalb des öffentlichen Verkehrs noch im Verhältnis zum Individualverkehr bevorzugt werden. Ebenso werden wir die Bürger bei der Wahl von Verkehrsmitteln nicht bevormunden.

Die Finanzierung der Schaffung und Unterhaltung aller Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen unterliegt den Beschränkungen der Mittelknappheit der öffentlichen Haushalte auf allen politischen Ebenen. Ziel muss es deshalb sein, mit geringerem Mitteleinsatz bessere Ergebnisse zu erzielen. Notwendig sind dafür kürzere Planungszeiten, geringere Verwaltungs- und Bürokratiekosten und vor allem verringerte Standards. Das Denken hinsichtlich der verringerten Standards muss sich allerdings noch auf den verschiedenen Ebenen der Fachbürokratie deutlich fester im Bewusstsein verankern, als das bisher der Fall ist.

Die rot-grüne Vorgängerregierung hat in der Vergangenheit den Bau und die Unterhaltung von Landesstraßen sträflich vernachlässigt. Der Investitionsstau im Erhaltungsbereich – bisher beziffert mit rund 300 Millionen € – hat sich durch den zurückliegenden Winter drastisch erhöht. Der aus dem Jahr 1993 stammende Landesstraßenbedarfsplan war durch Sie ständig und chronisch unterfinanziert. Trotz der allgemeinen Einsparungen ist es uns für den Haushalt 2006 gelungen, die Mittel für den Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3 Millionen € Gesamtkosten und für Landesstraßenausbaumaßnahmen nicht zu kürzen.

Wir werten es als besonderen Erfolg, dass trotz der Sparmaßnahmen der Ansatz für Erhaltungsinvestitionen um 5 % auf 53,3 Millionen € gesteigert werden konnte. Das ist zwar nicht genug, aber Ausdruck eines Politikwechsels und ein Schritt in die richtige Richtung.

(Bodo Wißen [SPD]: Ein Schnitt!)

Nunmehr stehen wir vor dem Abschluss des Verfahrens zur Integrierten Gesamtverkehrsplanung und haben die Absicht, mit der Herstellung des Einvernehmens auch die Verabschiedung des neuen Landesstraßenbedarfsplans zu verbinden. Das wird zügig erfolgen, um den Bedarfsplan vor der Einschränkung durch die strategische Umweltprüfung SUP zu schützen.

Wir bekommen einen verlässlichen Planungs- und Handlungsrahmen bis 2015 und werden dafür Sorge tragen, dass die eingeplanten Mittel bereitgestellt und zügig abgerufen werden können. Das wird auch wirtschaftlich positive Effekte haben. Ebenso ist die Reorganisation des Landesbetriebes Straßen NRW notwendig, um die Verwaltung zu verschlanken und um mehr Geld für die originäre Aufgabenerfüllung zur Verfügung zu haben.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, im Mittelpunkt der Diskussion um die künftige Finanzierung des Nahverkehrs steht die Absicht der Bundesregierung, die Regionalisierungsmittel bis

2010 um rund 3,3 Milliarden € zu kürzen. Die 16 Bundesländer sind sich in der Auffassung einig, dass der vom Bundesminister der Finanzen vorgesehene Sparkurs nach Art und Umfang zu nicht vertretbaren Einschnitten führen wird.

Doch auch ohne diese Diskussion wäre die Debatte über die Revision des Regionalisierungsgesetzes 2006/2007 zu führen gewesen. Wir wollen dabei erreichen, dass bei absolut gekürztem Mittelvolumen – das wird unumgänglich sein, weil es Bestandteil der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene ist – die Position von NRW als großem Flächenland gerechter berücksichtigt wird, als das bisher den rot-grünen Vorgängerregierungen in Nordrhein-Westfalen gelungen ist.

Wir wollen erreichen, dass die gegenwärtig bestehende Zweckbindung der Transfermittel ausschließlich zugunsten des SPNV aufgehoben wird und dieses Geld in erweiterter Verantwortung der Aufgabenträger auch zugunsten des straßengebundenen ÖPNV verwendet werden darf.

Diese Maßnahmen auf Bundesebene müssen durch landespolitische Schritte flankiert werden. Das setzt insbesondere voraus, dass in den ländlichen Regionen die Voraussetzungen zur Schaffung von Schienenersatzverkehr erweitert werden, um Aufgabenträgern die Entscheidung zu überlassen, mit den Fördermitteln Busse statt Bahnen fahren zu lassen.

Dazu gehört, dass die ÖPNV-Trägerschaft in Nordrhein-Westfalen einer Reorganisation bedarf, weil 63 Aufgabenträger zu viel und zu teuer sind. Die notwendige Reform sollte von der Einsicht geleitet sein, mit weniger Fördermitteln weniger Verwaltung und mehr Fahrleistung zu finanzieren. Sie sollte sich von unten nach oben entwickeln und mit Anreizen honoriert werden.

Im Rahmen der Ausgleichsleistungen für den Schülerverkehr nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes werden in diesem Haushalt die ausbildungsnotwendigen Tage von 240 auf rund 200 reduziert. Das ist schmerzlich, aber nicht zu umgehen. Durch das Haushaltsbegleitgesetz kompensieren wir die damit verbundenen Mittelkürzungen mit 20 Millionen € aus Regionalisierungsmitteln im Jahr 2006.

Die kommunalen Spitzenverbände werteten diese Maßnahme als Schritt in die richtige Richtung und wiesen auf die Undurchsichtigkeit und Komplexität des Systems der Finanzierung der Nahverkehrsförderung hin, das schon deswegen der Reform bedürfe. Das ist uneingeschränkt zu unterstützen, und wir werden das in Angriff nehmen. Wir werden diese Reform der Nahverkehrsfinan-

zierung in Verbindung mit der Revision auf Bundesebene durchführen.

Dazu gehört neben der Verringerung der Zahl der Aufgabenträger deren Erweiterung des Aufgaben- und Verantwortungsbereiches. Wir werden die verschiedenen Fördertöpfe des Nahverkehrs zusammenführen und Leistungen pauschaliert finanzieren. Diese Perspektive wird mit dem Haushalt 2006 eingeleitet.

Mit diesen Maßnahmen werden wir die Verkehrswende in Nordrhein-Westfalen nicht nur einleiten, sondern auch konsequent durchführen. Im Gegensatz zu Ihnen wird uns das gelingen. Ich hoffe dabei auf breite Unterstützung aus diesem Haus. – Vielen Dank.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schulte. – Für Bündnis 90/Die Grünen erteile ich dem Abgeordneten Keymis das Wort.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schulte, das waren salbungsvolle Worte. Wenn irgendetwas an dem, was Sie so verheißungsvoll beschreiben, dran wäre, müsste man ernsthaft darüber diskutieren können. Aber die Realität im Land sieht anders aus. Der neue Verkehrsminister Wittke hat im letzten Sommer via Interview erklärt, wie er die Dinge hier zu führen gedenkt. Er hat sich mit den wunderschönen Worten eingeführt: Ich kann auch mit Doofen! – Das war kein guter Einstieg.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Hat er damit Herrn Schulte gemeint?)

Der Minister selber weiß das am Besten.

Jetzt hat er sich vorgenommen, die Verkehrspolitik des Landes völlig neu und vor allem, wie er immer betont, völlig unideologisch – das ist in dem Zusammenhang sein Lieblingsstichwort – aufzurollen. Es gab dazu viele Schlagzeilen: Schluss mit der Schienenvorrangpolitik! Straßenbau hat Priorität! Luftverkehr ist eine Jobmaschine! Der Eiserne Rhein kommt, egal wie! Die Betuwe-Linie kommt, egal wann! Die Kürzung der Regionalisierungsmittel ist eine zu akzeptierende Notwendigkeit! Schließlich würde – wie haben Sie sich ausgedrückt, Herr Minister? – im Land eh zu viel heiße Luft herumgefahren. Von wem die wohl stammt?

Aus grüner Sicht haben Sie bisher jedenfalls die Chance vertan, den ersten Landeshaushalt unter Ihrer Regie wirklich nachhaltig zu nutzen. Ich

möchte das an vier Baustellen schlaglichtartig beleuchten:

Erstens. Herr Minister, Sie kürzen die Schülerbeförderungsmittel und benachteiligen damit – das finde ich besonders fatal – die jungen und damit künftigen Bus- und Bahnnutzerinnen sowie deren Familien. Außerdem benachteiligen Sie – das ist erneut fatal – den ländlichen Raum

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

– die Herren wissen, wovon ich rede –, der viele Verkehre gerade auch mit diesen Geldern überhaupt erst ermöglicht.

Herr Minister Wittke, diese Kurzsichtigkeit und der aus unserer Sicht auch rechtlich fragwürdige Reparaturversuch, den Sie jetzt über den Ausgleich aus nicht genutzten Regionalisierungsmitteln suchen, straft gute Vorsätze Lügen. Die Operation Änderung des § 13 des ÖPNV-Gesetzes war an Dilettantismus nicht zu überbieten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wieso Sie angesichts dieses Vorgehens dem Bundesverkehrsminister noch erklären wollen, in NRW gehe es im Gegensatz zu anderen bösen Bundesländern bei den Regionalisierungsmitteln ordnungsgemäß zu, bleibt Ihr Geheimnis.

Sie legen Schienenstrecken brach, die künftig wieder an Bedeutung gewinnen werden wie die Oleftalbahn im ersten Nationalpark unseres Landes in der Eifel oder auch die Niederrheinbahn zwischen Nijmegen und Xanten.

Sie gefährden mit Ihrer Politik aus unserer Sicht die Weiterentwicklung der NRW-Erfolgsstory der letzten zehn Jahre im Schienenverkehr. Das werden die Menschen im Lande, die Busse und Bahnen nutzen wollen oder müssen, merken. Sie stehen damit bundesweit gegen einen Trend. Heute noch war zu lesen: 10,1 Milliarden Fahrten werden im öffentlichen Personenverkehr pro Jahr abgewickelt. Er ist inzwischen attraktiver denn je. Diese Entwicklung – das ist unsere Auffassung – muss eine intelligente Mobilitätspolitik im Blick haben. Sie hingegen wollen die angebliche ideologische Schienenvorrangpolitik in NRW beenden. Das haben Sie leider mehrfach angekündigt.

Zweitens. Bei der integrierten Verkehrsplanung haben Sie – der Kollege Wißen hat schon darauf hingewiesen – das Verfahren holterdiepolter, wie es auch der Anhörung mehrfach hieß, durchgezogen. Städtetag und Landkreistag schonten Sie nicht mit beißender Kritik über die unziemliche Hetze im Verfahren. Und die Regionalräte wurden de facto überrollt. Sogar der Umweltminister, Ihr

Umweltminister, klagte in einem öffentlich bekannt gewordenen Schreiben darüber, dass er nunmehr in 48 Stunden rund 600 Verkehrsvorhaben umweltfachlich zu bewerten habe. Angesichts dieses untragbaren Vorgehens wies er ausdrücklich auf seine rechtlichen Bedenken in dem Zusammenhang hin.

Herr Minister, rechtliche Bedenken trugen auch die Verwaltungsrechtler in der Anhörung vor. Dieses rechtliche Misstrauen gipfelte in einen völlig neuen Vorschlag eines sogenannten NRW-Infrastrukturplangesetzes, das dann auch die neuen EU-Vorschriften der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung, vor der Sie – Herr Schulte hat es angesprochen – furchtbare Angst haben, berücksichtigen soll. Sie fürchten das Umweltrecht, weil es Ihren Asphaltierungsplänen im Wege sein könnte. Sie wollen ohne Rücksicht auf Umwelt und Verluste endlich noch mehr Straßen bauen, weil Sie glauben, dass es in NRW noch nicht genug Straßen gibt.

Apropos Straßenbau, Herr Minister: Gott sei Dank folgen Sie nicht dem Vorschlag der FDP-Fraktion. Als sie noch Opposition war, hat sie hier jedes Jahr gefordert, die Straßenneubaumittel auf 200 Millionen € anzuheben. Wohl nicht aus besserer Einsicht folgen Sie dem nicht, sondern ganz sicher – davon sind wir überzeugt –, weil Ihnen die Mittel fehlen. In dem Fall ist das gut so.

Leider folgen Sie aber nicht unserem Oppositionsvorschlag – das ist schade –, das verbliebene Geld nicht in den Neubau, sondern vielmehr den Erhalt von Landesstraßen zu stecken. Das ist bedauerlich, weil mit jedem neuen Straßenbaukilometer die Schere immer weiter auseinander klafft, Herr Minister. Sie verweigern den Befreiungsschlag gegen Schlaglöcher und gaukeln mit den eben von Ihnen, Herr Schulte, erwähnten 5 Millionen € vor, dem Problem irgendwie gerecht werden zu können, anstatt die vorhandenen Mittel umzuschichten und in den nächsten zehn Jahren – so haben wir es vorgeschlagen – mutig rund 1 Milliarde € in den notwendigen Erhalt des vorhandenen Straßennetzes zu investieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Menschen draußen verstehen diese Argumentation übrigens, verstehen aber nicht, dass wir politisch bisher falsch gehandelt haben sollen. Wir Grünen haben das auch während unserer Regierungszeit immer wieder gefordert. An dem Punkt haben wir uns nicht immer durchgesetzt.

Drittens. Herr Minister, jedem Beobachter ist klar, dass Sie das Geld woanders brauchen, zum Beispiel für den Ausbau der Regionalflughäfen.

Merkwürdigerweise hat die Regierung diesen krassen Widerspruch nicht im Blick.

Der Kollege Becker und ich haben mehrfach auch im Ausschuss darauf hingewiesen: Während man den Ausbau von Kassel-Kalden in Hessen ablehnt, weil er 60 km vom NRW-Flugplatz Paderborn/Lippstadt entfernt liegt und man negative Effekte befürchtet, gilt diese richtige Überlegung nicht, wenn man die zum Teil ähnlich dicht beieinander liegenden Flugplätze innerhalb NRWs betrachtet. Wie, bitte, soll Ihre Position in Hessen verstanden werden?

Wir Grünen haben dazu klar Stellung bezogen. Wir brauchen ein weniger dichtes Flughafennetz, im Bund wie auch in NRW. Die dezentrale Konzeption hat sich nicht bewährt. Wir verpulvern öffentliche Mittel in mehrstelligen Millionenbeträgen in Regionalflugplätze wie Weeze, Dortmund und Mönchengladbach.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dass Lärm und Dreck die Menschen im Umwelt der Airports belasten – ebenso wie der Luftverkehr zur CO₂-Belastung und damit zum bedrohlichen Klimawandel mehr und stärker beiträgt, als wir das bisher annahmen –, spielt in Ihrem politischen Handeln, das auf die Zukunft gerichtet sein soll, leider fast keine Rolle.

(Beifall von GRÜNEN und Bodo Wißen [SPD])

Für Sie sind Flughäfen stereotyp nur Jobmaschinen, koste es, was es wolle. Angesichts der mit subventionierten Billigcarriern über subventionierte Flugplätze ausgeflogenen Kaufkraft kostet das manchmal sogar nachrechenbar Jobs in unserem Land.

So bleibt also die verkehrspolitische Bilanz mager. Angesichts des ersten schwarz-gelben Haushalts im Land NRW bleibt sie leider auch perspektivlos. Ein kraftloses „Weiter so!“ ohne Vision für eine intelligente Mobilität, Herr Minister, aber schädliche Kürzungen für die nichtstaatlichen Eisenbahnen, kein Cent mehr für Radwege, und die Schlaglöcher bleiben für die nächsten Winterschlagzeilen offen, damit man sich dann wieder mit einem Fünf- oder Zehn-Millionen-Euro-Aufschlag in die Zeitungen katapultieren kann. Der Rest – so heißt es schon bei Shakespeare – ist Schweigen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Keymis. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion der Herr Abgeordnete Rasche.

Christof Rasche¹⁾ (FDP): Herr Wißen, wie können Sie da klatschen?

(Bodo Wißen [SPD]: Ich habe das Gesamtwerk gewürdigt!)

– Ja eben.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verkehrsinfrastruktur und Arbeitsplätze stehen in direktem Zusammenhang. Sie sind untrennbar miteinander verbunden. Das ist eine unumstrittene Aussage, die von Rot-Grün in den letzten Jahren ganz und gar nicht beachtet wurde. Die neue, von FDP und CDU getragene Landesregierung hat eine Wende in der Verkehrspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen eingeleitet.

(Heiterkeit von Bodo Wißen [SPD])

Unter Rot-Grün – Herr Wißen, ich könnte besser sagen: unter Grün-Rot – prägten Gegensätze und Stillstand das Bild der Verkehrspolitik, während unter Schwarz-Gelb ein Bild von Verlässlichkeit und Effizienz entsteht.

(Lachen von den GRÜNEN)

Statt die Belange des Umwelt- und Naturschutzes und des notwendigen Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur gegeneinander auszuspielen, wie Sie es getan haben, sind für die neue Koalition Umwelt und Verkehr kein Gegensatz.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Auch im beschleunigten Verfahren werden die verschiedensten Auswirkungen auf die Umwelt umfangreich geprüft. Wir gehen dort kein Risiko ein. Wir prüfen umfangreich. Wir prüfen aber nicht über das normale Maß hinaus.

Rot-Grün, meine Damen und Herren, hat den Umweltschutz missbraucht, um einige Infrastrukturprojekte zu verhindern. Zusätzliche Instrumente wie der besondere naturschutzfachliche Planungsauftrag dienen in Wahrheit nur der Blockade von Straßenprojekten und nicht dem Umweltschutz.

Nicht umsonst hat Herr Horstmann als früherer Minister versucht, genau diese Merkmale aus dem Bundesverkehrswegeplan zu streichen, weil er genau die gleiche Argumentation verfolgt, wie wir es auch tun. Offensichtlich haben sich dabei die Grünen durchgesetzt mit ihrer Blockadepolitik, die prinzipiell gegen Straßenbau gerichtet ist.

Meine Damen und Herren, trotz massiver politischer Einflussnahme haben sich die Erwartungen an eine Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene nicht erfüllt. Unter Rot-Grün herrschte

ein bedingungsloser Vorrang der Schiene vor der Straße ebenso wie der Vorrang des öffentlichen Verkehrs vor dem Individualverkehr.

Auch nach zehn Jahren Rot-Grün ist die Straße mit großem Abstand der Hauptverkehrsträger Nummer eins. Daran hat sich überhaupt nichts verändert.

(Zuruf von der SPD)

70 % des Güterverkehrs und rund 90 % des Personenverkehrs finden auf der Straße statt. Auf der Schiene werden dagegen nur 14 % des Güterverkehrs und 8 % des Personenverkehrs abgewickelt. Diese Verteilung wird sich realistischweise auch in Zukunft nicht groß verändern.

Meine Damen und Herren, genau diesen Fakten darf und wird sich die Verkehrspolitik dieses Landes nicht weiter verschließen. Wir gehen mit diesen Fakten um und ignorieren sie nicht. Angesichts der desaströsen Lage der öffentlichen Finanzen müssen wir die knappen Mittel dort einsetzen, wo der größte Verkehrswert entsteht und wo sie den Bürgern am meisten nutzen.

Die Grünen fordern, wir sollten, anstatt in Straßen zu investieren – in Umgehungsstraßen, die die Bevölkerung entlasten, oder begleitend in Autobahnlückenschlüssen, damit die Planungen vorangehen –, Schienenwege reaktivieren, worauf in Zukunft kaum jemand fahren würde.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Woher wissen Sie das?)

Wir können nicht beides tun, Herr Keymis. Wir müssen uns für das eine oder für das andere entscheiden. Da diese Reaktivierung von einigen Schienenstrecken nach unserer Auffassung keinen großen Verkehrswert mit sich bringt, die anderen Maßnahmen aber sehr wohl, haben wir uns für die eine Lösung entschieden und nicht für die andere. Hätten wir genügend finanzielle Möglichkeiten, Herr Keymis, könnten wir über beides reden. Aber so sind wir eingeschränkt.

CDU und FDP stehen also für eine unbürokratische und ideologiefreie Verkehrspolitik.

(Lachen von den GRÜNEN – Oliver Keymis [GRÜNE]: Na ja!)

Mit der Integrierten Gesamtverkehrsplanung werden wir in Kürze ein Verfahren erfolgreich zum Abschluss bringen, in dem insgesamt 423 Straßen- und 200 Schienenprojekte objektiv anhand ihrer volkswirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit bewertet wurden. Insbesondere die Grünen haben sich für die Integrierte Gesamtverkehrsplanung stark gemacht.

Jetzt, nachdem das IGVP-Bewertungsverfahren abgeschlossen ist und sich herausgestellt hat, dass Ihre lieben und vor allem teuren Schienenprojekte nicht so gut abgeschnitten haben, wird behauptet, Schienenprojekte seien benachteiligt worden.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Diese Behauptung ist schlicht und einfach Unsinn. Das Bewertungsverfahren, meine Damen und Herren, ist nichts anderes als das, was die Grünen seinerzeit vehement für den Metrorapid eingefordert haben, nämlich die Ermittlung des volkswirtschaftlichen Nutzens eines Vorhabens im Vergleich zu seinen Kosten. Genau das war damals Ihre glasklare Argumentation.

Übrigens: Ein Blick in den Landeshaushalt genügt, um festzustellen, dass ein Vielfaches dessen, was in die Straße investiert wird, zur Förderung der Schiene und des ÖPNV ausgegeben wird. Unter Schwarz-Gelb gibt es keine Benachteiligung der Schiene, aber auch keine einseitige Bevorzugung.

(Lachen von Bodo Wißen [SPD] – Horst Becker [GRÜNE]: Aber hallo!)

Natürlich mussten auch im Verkehrshaushalt unangenehme Einsparungen vorgenommen werden.

(Bodo Wißen [SPD]: Man kann es doch wenigstens zugeben!)

– Das tue ich gerade.

(Lachen von Bodo Wißen [SPD])

Besonders schwer ist uns dies bei den Kürzungen der Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr gefallen. Doch der von der neuen Landesregierung eingeschlagene Kurs der Haushaltskonsolidierung ist ohne Alternative und kann auch vor dem Verkehrsetat nicht Halt machen.

Ich bin aber auch froh, dass es mit der vorgesehenen Änderung des § 13 ÖPNV-Gesetz gelingen wird, die dadurch ausgelösten finanziellen Belastungen für die ÖPNV-Unternehmen ein gutes Stück abzufedern. Natürlich bezieht sich das zunächst auf dieses Haushaltsjahr, weil wir genau wissen, dass sich in den Jahren 2007, 2008 und folgenden vermutlich eine Menge ändern wird aufgrund der Bundesgesetzgebung.

Zu den Hinterlassenschaften von Rot-Grün gehört nicht nur ein gigantischer Schuldenberg, sondern auch ein ebensolcher Investitionsstau. Allein bei den Erhaltungsinvestitionen für den Landesstraßenbau ist in den letzten Jahren ein solcher von mindestens 300 Millionen € entstanden. Diese Un-

terlassung notwendiger Investitionen zum Erhalt der Straßeninfrastruktur war nichts anderes als eine Vernichtung von Volksvermögen.

Deshalb bin ich der Landesregierung und Minister Oliver Wittke außerordentlich dankbar, dass sie mit dem Haushaltsentwurf 2006 eine Trendwende im Landesstraßenbau eingeleitet haben.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Erstmals seit Jahren ist der Haushaltsansatz für Landesstraßen wieder angehoben worden, und zwar um knapp 5 % auf insgesamt 133,7 Millionen €. Im Gegensatz dazu ist es Rot-Grün in den vergangenen Jahren nicht einmal gelungen, die Festsetzungen des eigenen Koalitionsvertrages, nämlich 150 Millionen DM, für den Landesstraßenbedarfsplan einzuhalten. Nicht einmal dem Koalitionsvertrag wurde gefolgt.

Wenn die Grünen durch Herrn Keymis eben gefordert haben – das würde ja diese Argumentation unterstützen –, mehr in den Straßenerhalt und weniger in Neubau zu investieren, muss man ihnen ganz klar vor Augen führen, wie es in der Praxis aussieht. Sie haben für die kommenden Jahre fast die gesamten Neubaumittel veranschlagt. Da gibt es so gut wie keine neue Maßnahme.

Sie können doch nicht ernsthaft wollen, dass Brücken allein in der Landschaft stehen oder dass eine halbe Umgehungsstraße erst in 20 Jahren weitergebaut wird. Genau das ist aber Ihre Argumentation. Denn Sie selber haben unter Ihrer Regierungsverantwortung dafür gesorgt, dass diese Mittel schon verausgabt wurden. Es ist ja so gut wie gar kein Geld für neue Maßnahmen da. Von daher bringen Ihre Vorgehensweise und Ihr Vorschlag überhaupt nichts. Das geht wieder einmal an den Tatsachen vorbei.

Ein Kahlschlag mit katastrophalen Folgen zeichnet sich für den Nahverkehr in NRW ab. Die Kürzungsvorschläge der Herren Steinbrück und Tiefensee im Bereich des ÖPNV führen zwangsläufig zu zahlreichen Streckenstilllegungen. Zum Beispiel im Münsterland wird kaum noch ein Zug fahren. Dabei hat Bundesfinanzminister Steinbrück noch vor drei Jahren an diesem Rednerpult, an dem ich jetzt hier stehe, versprochen, den Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen mit dem ITF 3 konsequent auszubauen. Was ist mit diesem Versprechen? Konsequent wollte er das ausbauen.

(Bodo Wißen [SPD]: Was ist mit Ihren Versprechungen?)

Jetzt macht er das Gegenteil. Herr Wißen, das können Sie im Protokoll nachlesen.

(Bodo Wißen [SPD]: Sie sind in der Regierung! Machen Sie doch etwas!)

Sie waren ja damals nicht dabei, aber lesen können Sie doch.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung kämpft an vorderster Front gegen diese Kürzungspläne. Es wäre klug, wenn die SPD dies unterstützen würde. Denn für den Kahlschlag im Nahverkehr wäre die SPD durch die personelle Besetzung in der Bundesregierung verantwortlich.

Zugleich arbeitet die Koalition intensiv daran, die Förderung des ÖPNV in Nordrhein-Westfalen effizienter zu gestalten. Dies betrifft sowohl die organisatorischen Strukturen als auch die verschiedenen Finanzierungsregelungen.

Im Luftverkehr sind bereits einige Weichenstellungen erfolgt. Der Luftverkehrsstandort Nordrhein-Westfalen wurde nachhaltig gestärkt. Die Betriebsgenehmigung Düsseldorf ist ein Beispiel. Die Mittelbereitstellung für die Ertüchtigung der Verkehrslandeplätze ist ein wichtiger Punkt. Aber auch die Übernahme der ideologisch bedingten Mehraufwendungen für die weltweit einmalige gläserne Start- und Landebahn in Osnabrück haben wir geregelt. Mit dieser gläsernen Startbahn haben Sie sich wahrlich ein Denkmal gesetzt. So etwas gibt es nur in Nordrhein-Westfalen, nur am Flughafen Münster/Osnabrück. Das Problem ist nur: Die sind darauf gar nicht stolz.

Unter Rot-Grün war die Verkehrspolitik ein Symbol für Stillstand und Gegensätze in der Koalition.

(Beifall von FDP und CDU)

CDU und FDP haben die Wende in der Verkehrspolitik eingeleitet. Durch die Abarbeitung unseres Koalitionsvertrags werden wir dafür sorgen, dass Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen nicht an schlechten Verkehrsinfrastrukturbedingungen scheitern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Jetzt hat der zuständige Minister, Herr Minister Wittke, das Wort.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Trotz der bekannten Sparzwänge wollen wir auch im Verkehrsbereich in den nächsten Jahren Schwerpunkte setzen, und zwar vornehmlich bei den Investitionen. Nachdem die Ansätze für In-

vestitionsausgaben in den vergangenen Jahren von der rot-grünen Regierung ständig gesenkt wurden, haben wir diesen Bereich von der Vorgabe einer 20%igen Kürzung nicht nur ausgenommen, sondern ganz im Gegenteil: Wir haben im Bereich des Landesstraßenbaus – wie schon mehrfach von Vorrednern hier ausgeführt wurde – eine fünfprozentige Steigerung für dieses Haushaltsjahr vorgesehen.

Der Mehrbetrag kommt ausschließlich der Substanzerhaltung des Landesstraßennetzes zugute. Das, was wir dort von der Vorgängerregierung übernommen haben, kann nur als bauliche Altlast bezeichnet werden. Denn der marode Zustand der Straßen hat sich ja nicht in den letzten zehn Monaten ergeben, sondern der ist über Jahre und Jahrzehnte hinweg gewachsen. Darum sind es Ihre Versäumnisse, die wir jetzt Stück für Stück auszubügeln versuchen.

Wir haben die Möglichkeit, mit einem Sofortprogramm zur Beseitigung gravierender Straßenschäden an Landesstraßen insgesamt 10 Millionen € bei über 50 Maßnahmen zu investieren. Damit können knapp 100 km Straßenlänge mit einfachen Mitteln instand gesetzt werden.

Diese 10 Millionen € finanzieren sich im Übrigen nicht allein aus der Erhöhung des Titels für Erhaltungsinvestitionen um 5,3 Millionen €, sondern aus weiteren 4,7 Millionen €, die aus dem Titel für das Landesstraßenbauprogramm unter Nutzung des Deckungsvermerks umgeschichtet worden sind. Von daher, Herr Kollege Keymis, ist es eben nicht richtig, dass es nicht zu Umschichtungen gekommen ist. In dem Bereich ist es sehr wohl zu Umschichtungen gekommen.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Zu wenig!)

Damit wird der Stellenwert deutlich, den wir dem Problem der Substanzerhaltung bestehender Straßen beimessen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ein Tropfen auf den heißen Stein ist das!)

Insgesamt bedarf es aber für die Abarbeitung des in mehr als einem Jahrzehnt aufgelaufenen offenkundigen Erhaltungsbedarfs eines mittelfristigen Zeitrahmens. Die für das Landesstraßenbauprogramm noch zur Verfügung stehenden Mittel werden wir hauptsächlich zur Weiterfinanzierung bereits begonnener Maßnahmen einsetzen. In geringerem Umfang als erforderlich können auch Neubeginne, insbesondere dringliche Ortsumgehungen und Lückenschlüsse, finanziert werden.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Remmel?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Schönen Dank, Herr Minister. – Wie bewerten Sie die Aussage des ADAC, dass bei Verdoppelung des jetzigen Ansatzes ausschließlich der Status quo in Sachen Sanierung gehalten werden kann?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Das ist richtig. Nur, Herr Kollege Remmel: Das ist keine neue Aussage des ADAC. Diese Aussage hat er bereits seit 15 Jahren im Programm, regelmäßig nach dem Winter. Es wäre an Ihnen gewesen, die Trendwende einzuleiten, die wir jetzt eingeleitet haben. Sie hatten zehn Jahre lang die Gestaltungsmehrheit in diesem Land und haben sie nicht genutzt. Wir nutzen sie, indem wir die Trendwende eingeleitet haben.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Das mag Ihnen schmecken oder auch nicht. Sie haben gar nichts getan. Wir haben umgesteuert.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, für kleinere Umbau- und Ausbaumaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und zur Beseitigung von Unfallschwerpunkten sowie für den Radwegbau an bestehenden Landesstraßen sind die Ansätze auf dem Vorjahresniveau gehalten worden. Auch das ist eine gute Botschaft, wenn Sie wissen, dass in fast allen anderen Bereichen, in denen es um freiwillige Leistungen geht, dieser Landeshaushalt für das Jahr 2006 Kürzungen vorsieht.

Darüber hinaus wird für die kleineren Umbau- und Ausbaumaßnahmen, bei denen eine zeitnahe Realisierung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht möglich ist, das Programm der kommunalen Vorfinanzierung weitergeführt. Wir haben hierfür eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4,9 Millionen € ausgebracht. Dadurch wird Kommunen die Möglichkeit eingeräumt, ihnen wichtige Verbesserungsmaßnahmen an Landesstraßen, die in der Dringlichkeitsbewertung durch die Regionalräte nicht prioritär eingestuft wurden, vorzufinanzieren.

Auch die Förderung kommunaler Vorhaben im Rahmen der Stadtverkehrspolitik bleibt ein Schwerpunkt des Kapitels Straßen- und Brückenbau.

Insgesamt sind Ausgabemittel in Höhe von 143,3 Millionen € vorgesehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber hinaus haben wir insgesamt 7,1 Millionen € für die Lärmsanierung an kommunalen Hauptverkehrsstraßen und für die Förderung des Radverkehrs außerhalb verkehrswichtiger Straßen vorgesehen.

Einen großen Ausgabenblock bilden weiterhin die Zuführungen an den Landesbetrieb Straßenbau NRW, aus denen sich dieser ganz überwiegend finanzieren muss, weil das Land sein Hauptauftraggeber ist. Die Zuführungen sind mit insgesamt 341,8 Millionen € veranschlagt und somit gegenüber 2005 nominal um 12,2 Millionen € gestiegen. Tatsächlich muss der Landesbetrieb Straßenbau NRW aber mit weniger Mitteln wirtschaften, weil erstens für 2005 noch ein Verlust von 11,7 Millionen € geplant war und im Gegensatz dazu für 2006 ein ausgeglichenes Ergebnis eingeplant wird.

Im Übrigen ist auch das ein Beitrag zur Klarheit und Wahrheit des neuen Haushalts. Es gibt keine versteckten Nebenhaushalte mehr, wie das früher in diesem Haus üblich war.

(Beifall von der CDU)

Zweitens hat der Landesbetrieb Straßenbau die Mieten für sein Bürogebäude, die an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb gehen, nunmehr aus seinen eigenen Mitteln zu begleichen. Im Haushaltsplan 2005 waren diese Mieten mit 4,9 Millionen € noch außerhalb der Zuführungen veranschlagt.

Einige Bemerkungen zum öffentlichen Personennahverkehr. Bei der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs stehen wir – ich denke, darin sind wir uns alle einig – vor großen Herausforderungen.

Damit meine ich nicht die haushaltswirtschaftlich unumgängliche Kürzung der Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr durch die Anerkennung ausbildungsnotwendiger Tage; denn angesichts der Tatsache, dass höchstens an 200 Tagen im Jahr Schulunterricht stattfindet, müssen wir den Ausgleich auf das gesetzlich gebotene Maß begrenzen.

Herr Wißen, die Zahl, die Sie genannt haben, ist falsch. Es gibt nicht 27 Millionen € weniger für die Verbände vor Ort, sondern es gibt gerade einmal

7 Millionen € weniger, weil wir, wie angekündigt, einen Ausgleich für die 20 Millionen € schaffen.

(Bodo Wißen [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

Darum richten sich die Proteste der Nahverkehrsverbände und der Nahverkehrsunternehmen in der kommenden Woche auch nicht gegen den Haushaltsplan 2006 des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern sie richten sich ausschließlich gegen den Haushaltsplan 2006 des Bundes, der auch in der Verantwortung der Sozialdemokraten aufgestellt worden ist.

(Beifall von der CDU – Bodo Wißen [SPD]: Das war billig!)

Mit der in das Haushaltsstrukturgesetz aufgenommenen Anpassung der Kostensätze und der Änderung des ÖPNV-Gesetzes tragen wir zur massiven Absenkung der finanziellen Folgen der Ausgleichskürzung bei. Für das Jahr 2006, in dem die Kürzungen von den Unternehmen zu bilanzieren sind, erhöhen wir die pauschale Investitionsförderung nach § 13 ÖPNV-Gesetz NRW zusätzlich um 20 Millionen €, sodass von den Kürzungen nur ein geringer Teil übrig bleibt.

Vor diesem Hintergrund kann ich übrigens nicht verstehen, warum der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr die Ausgleichskürzungen als Begründung dafür nimmt, dass er die Preise in diesem Jahr zum zweiten Mal erhöht. Ich kündige von dieser Stelle aus gerne an, dass wir ganz genau hinschauen werden, ob die zweite Preiserhöhung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr tatsächlich gerechtfertigt ist oder ob die Begründung, die gegeben wird, tatsächlich richtig ist.

Noch ein Wort zum Schülerticket. Die Behauptung, die Ausgleichskürzungen würden den Bestand der Schülertickets gefährden, ist nachweislich falsch.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, gestatten Sie zwei weitere Zwischenfragen: eine von Herrn Rimmel und eine von Frau Steffens?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Gern.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Herr Rimmel. – Das war keine Meldung zu einer Zwischenfrage?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Eigentlich weiß man immer erst hinterher, dass es nichts war, Herr Präsident.

(Bodo Wißen [SPD]: Bei Ihnen wissen wir das schon vorher!)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, das Anheben eines Fingers ist sehr attraktiv, aber wenn Sie hier eine Zwischenfrage stellen möchten, müssen Sie einmal auf den Knopf drücken. Ist das geschehen? – Herr Wißen, bitte.

Bodo Wißen (SPD): Herr Minister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich sehr wohl darauf hingewiesen habe, dass die 20 Millionen € kompensiert werden? Aber das ist ein einmaliger Effekt; er gilt nur für dieses Jahr. Wir wissen noch nicht, wie der öffentliche Personennahverkehr in den folgenden Jahren finanziert wird. Es ist mir nicht egal, wie das passiert. Das müssen Sie dem Hohen Hause einmal erklären.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Wißen, ich kann Ihnen nicht erklären, wie der öffentliche Personennahverkehr in den nächsten Jahren finanziert wird, weil ich nicht weiß, was unsere gemeinsame Koalition in Berlin beschließen wird. Wenn Sie das wissen, verraten Sie es mir. Dann sage ich Ihnen auch, wie der öffentliche Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen künftig finanziert wird. Ganz schlicht.

(Beifall von der CDU)

Aber eines, Herr Kollege Wißen, weiß ich ganz genau: Wenn das Realität werden sollte, was uns Ihr Parteifreund Tiefensee zumuten will, haben wir große Probleme. Darum bin ich froh darüber, dass das, was ich hier angekündigt habe, eingetreten ist, nämlich dass der Bundesrat auf eine Initiative Nordrhein-Westfalens hin beschlossen hat, dass es, erstens, im Jahr 2006 keine Kürzung der Regionalisierungsmittel geben soll und dass es, zweitens, im Jahr 2007 bei den Regionalisierungsmitteln keine Reduzierungen in dem Umfang geben soll, wie Ihre Parteifreunde Steinbrück und Tiefensee das vorgesehen haben. Vielmehr wollen wir allein auf den Zuwachs verzichten.

Was für mich das Allerwichtigste ist: Wir sind Herrn Tiefensee auch nicht in seinem Bestreben auf den Leim gegangen, die Revision, die für 2007 vertraglich und gesetzlich vereinbart war, auszusetzen und erst im Jahr 2010 durchzuführen. Wir in Nordrhein-Westfalen wollen nämlich, dass die Revision in diesem und im nächsten Jahr stattfindet und dann Auswirkungen auf das Jahr 2008 hat, weil wir in der Verwendung der Regionalisierungsmittel sauber sind und – um die Frage gleich mit zu beantworten – auch sauber bleiben. Daran ändert auch die zusätzliche Fahrzeugförde-

rung in Höhe von 20 Millionen € nichts, die wir jetzt eingeführt haben. Das ist eine gesetzlich einwandfrei gedeckte Verwendung von Regionalisierungsmitteln.

Vizepräsident Edgar Moron: Darf ich Ihnen einen zweiten Zwischenfrager offerieren? In diesem Fall ist es Herr Becker.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Bitte, dann gern auch noch Herr Becker.

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Herr Becker.

Horst Becker (GRÜNE): Schönen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister, vor dem Hintergrund dessen, dass Sie gerade völlig richtig beschrieben haben, was vom Bund droht, möchte ich Sie gerne fragen, wieso Sie zum einen noch im Dezember zu dem Ergebnis gekommen sind, dass Sie die Pläne des Bundes nicht prinzipiell ablehnen würden, sondern, wie Sie es genannt haben, durchaus „konstruktiv“ darüber sprechen wollen, und wieso Sie zum anderen auf den Gedanken kommen, dass ausschließlich gegen den Bund protestiert wurde. Ich habe jedenfalls die Kenntnis, dass in den Kommunen ein massiver Protest gegen die Kürzung bei den Schülerbeförderungsmitteln besteht. Das ist meiner Meinung nach eine Kürzung, die Sie vorgenommen haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Ich will mit der zweiten Frage beginnen, Herr Kollege Becker. Natürlich gibt es Kommunen, die, parteipolitisch motiviert, versuchen, jetzt die Schuld in Düsseldorf abzuladen. Nur, das ist in höchstem Maß unseriös, und dass werden wir ihnen nicht durchgehen lassen. Ich bin froh darüber, dass unsere Partner in den Verkehrsverbänden, mit denen wir tagtäglich in einem Gedankenaustausch stehen, auf diese parteipolitisch motivierte Argumentation nicht hereinfallen, sondern uns ausdrücklich bestätigt haben, dass sie mit dem Ausgleich, den wir in diesem Jahr herbeigeführt haben, zufrieden sind und dass daraus keine Problemlage entstehen wird.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Zu den Auswirkungen der Kürzung der Regionalisierungsmittel auf Bundesebene. Herr Kollege Becker, ich bleibe dabei: Wir verweigern uns nicht den Gesprächen auf Bundesebene, bei denen es darum geht, in den kommenden Jahren Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln herbeizufüh-

ren. Man kann nicht sonntags vom Sparen reden und sich montags beim Handeln in die Büsche schlagen. Vielmehr muss man montags dazu stehen, und dann muss man auch in allen Bereichen Beiträge dazu leisten.

Aber eines sage ich Ihnen genauso deutlich – das habe ich von Anfang an gesagt und in den vergangenen Monaten auch umgesetzt –: Erstens. Es wird keine Sparorgie mit dem Rasenmäher geben. Ich weiß, dass das das beliebteste Sparinstrument des Bundesfinanzministers ist; denn er hat das bereits in Nordrhein-Westfalen in schöner Regelmäßigkeit angewandt. Nur, mit dem Rasenmäher zu sparen ist nicht nur unintelligent, sondern auch uneffektiv und nicht an den Interessen unseres Landes Nordrhein Westfalen ausgerichtet.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Horstmann?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Ich bin dabei, eine Frage zu beantworten, Frau Präsidentin. Ich wäre Ihnen auch dankbar, wenn Sie die Uhr anhalten würden, solange ich Fragen beantworte. Wenn ich die Frage beantwortet habe, kann ich gerne noch weitere Fragen zulassen.

Zweitens, Herr Kollege Becker: Nicht nur darf es keinen Rasenmäher geben, sondern es muss auch gerecht zugehen. Gerechtigkeit ist uns in Nordrhein-Westfalen in der Vergangenheit nicht widerfahren. Denn wir haben in der Vergangenheit bei den Regionalisierungsmitteln mit einem Schlüssel zu leben gehabt, der nicht nur willkürlich war, sondern mit Gerechtigkeit auch nicht ansatzweise etwas zu tun hatte.

Ich will Ihnen gerne noch einmal erklären, womit das zusammenhängt. Sie wissen ja, alles hängt mit allem zusammen, pflegt der Ministerpräsident immer zu sagen. Da hat er Recht. Ihre Koalition, die rot-grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen, hat damals beim Regionalisierungsschlüssel Zugeständnisse gemacht, um sich auf der anderen Seite vermeintliche Zuschüsse des Bundes beim Metrorapid einzukaufen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist eine Legende!)

Das Ergebnis ist, dass wir heute nicht nur keinen Metrorapid in Nordrhein-Westfalen haben, sondern auch noch mit einem schlechten Schlüssel bei den Regionalisierungsmitteln leben müssen.

(Beifall von der CDU)

Das müssen wir jetzt in Verhandlungen in Berlin begradigen, das müssen wir wieder in Ordnung bringen, weil Sie in der Vergangenheit nordrhein-westfälische Interessen nicht wahrgenommen haben.

(Beifall von der CDU – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wie viel setzen Sie durch?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch einmal zusammengefasst: Wir wollen mehr investieren in der Verkehrspolitik. Wir wollen eine unideologische Verkehrspolitik machen, die sich an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ausrichtet. Aber wir werden auch im Verkehrsbereich unseren Beitrag zum großen Konsolidierungswerk in Nordrhein-Westfalen leisten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Damit hat sich die Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Horstmann erübrigt. Er hat aber noch Redezeit, und deswegen habe ich hier auch seine Wortmeldung. Für die SPD-Fraktion zunächst Herr Dr. Horstmann, anschließend Herr Lorth für die CDU-Fraktion. Herr Dr. Horstmann, Sie haben das Wort.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will es bei der Zwischenfrage belassen, die ich nun per Wortmeldung stelle, da uns ja noch ein bisschen Zeit zur Verfügung steht. Die Zwischenfrage hätte wie folgt gelautet, Herr Minister Wittke:

Wir haben uns in der letzten Plenarsitzung noch darüber unterhalten, ob es überhaupt eine Kürzung der Landeszuschüsse für den öffentlichen Nahverkehr im Jahre 2006 gibt, ja oder nein. Sie haben auf Zwischenfragen von mir mehrfach die Behauptung erhoben, es gäbe im Jahre 2006 keine Kürzung bei den Landeszuschüssen für den öffentlichen Verkehr.

(Bodo Wißen [SPD]: Genau, so war es!)

So ist es gewesen. Ich wollte Sie fragen, wie es dazu passt, dass Ihre Fraktion im Verkehrsausschuss des Landtags und jetzt auch hier im Plenum beantragt hat, zur Kompensation der Kürzungen bei den Landesmitteln eine Änderung des ÖPNV-Gesetzes vorzunehmen, um wenigstens teilweise diese Mittel auszugleichen. Erklären Sie mir bitte, in welchem logischen Zusammenhang das steht! – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Horstmann. – Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Lorth das Wort.

Gerhard Lorth (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe nicht mehr sehr viel Redezeit, und deshalb will ich nur kurz auf einige Vorwürfe eingehen.

Herr Wißen, Sie können nicht ständig mit Ihrem Unwissen über die Tatsache, dass Sie uns den Schuldenberg hinterlassen haben, kommen und sagen, wir würden den höchstverschuldeten Haushalt vorlegen. Das hat Ursachen, nämlich Ihre verfehlte Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahre.

(Beifall von CDU und FDP)

Ein Wort in Richtung der Grünen: Gerade Ihre Fraktion hat sich doch in den letzten zehn Jahren dadurch hervorgetan, dass sie als Blockadepartei für alle wichtigen Infrastrukturprojekte in Nordrhein-Westfalen Pate gestanden hat.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Sie haben blockiert: Investitionen im Verkehrsbereich,

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Welche?)

notwendige Investitionen und bei der Unterhaltung.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Welche?)

Darüber kann auch Ihr heutiger Schauantrag über ein Sonderprogramm über sage und schreibe eine Milliarde für zehn Jahre nicht hinwegtäuschen. Fakt ist, dass bei der IGVP, die wir jetzt verabschieden werden, neben den 1,6 Milliarden € für Neubaumaßnahmen eine halbe Milliarde für Erhaltungsmaßnahmen im Landesstraßenbereich enthalten ist. Insofern müssen Sie sich also hier nicht so aufführen.

Noch zu den anderen Verhaltensweisen Ihrerseits: Wer hat denn den Landesstraßenbedarfsplan von 1993 zwölf Jahre lang gegen das Gesetz nicht fortgeschrieben? Erst jetzt machen wir das. Vorhin ist gesagt worden – ich weiß nicht, wer uns das vorgeworfen hat –, die IGVP würde hier holtierdiepolter durchgepeitscht. Wer war es denn? – Der ständig untätige Minister der Vorgängerregierung, Herr Horstmann, der aus Angst vor den Wahlen verzögert hat, das Gutachten, das er selbst in Auftrag gegeben hat, dem Landtag vorzulegen! Seit 2001 wird das angekündigt und mit den fadenscheinigsten Begründungen nicht vor-

gelegt. Wir müssen nunmehr innerhalb von ein paar Monaten diesen Scherbenhaufen aufräumen.

(Beifall von CDU und FDP)

Zu der Frage einer möglichen Unterstützung: Da kann die SPD ja noch dazu lernen und uns in Berlin behilflich sein. Herr Horstmann hat soeben wieder die Frage der Regionalisierungsmittel angesprochen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Dort nicht!)

Herr Wißen wirft uns gleichzeitig vor, dass der Minister das nicht schon 2006 verhindert hat. Ich frage: Wer ist eigentlich Finanzminister in Berlin? Wer schlägt denn vor, bei den Regionalisierungsmitteln um 3,3 Milliarden € zu reduzieren? Das ist doch Herr Steinbrück.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Bis jetzt haben nur Sie gekürzt, bis jetzt hat nur Nordrhein-Westfalen gekürzt!)

Alle Bundesländer müssen versuchen, bei der Reform der Regionalisierungsmittel an einem Strang zu ziehen, um unseren Anteil beizubehalten.

Was Nordrhein-Westfalen angeht, Herr Horstmann, noch einmal in Ihre Richtung: Beim Bundesverkehrswegeplan haben Sie doch jahrelang herumgeeiert bei der Vorlegung der nordrhein-westfälischen Vorlagen. Zwischen Ihrem Haus und dem Hause Höhn war das ständig umstritten; es gab wichtige Projekte, die nicht in den Plan hineinkamen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Herr Uhlenberg hat an Herrn Wittke geschrieben! Sie verwechseln etwas!)

Herr Trittin und Frau Höhn waren doch diejenigen, die in den Bundesverkehrswegeplan den naturrechtlichen Vorbehalt noch zusätzlich hereingebracht haben, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege!

Gerhard Lorth (CDU): ... der nur zur Blockade von Projekten führen sollte. Sie haben jetzt die Möglichkeit, in Berlin mit uns gemeinsam diesen Öko-Punkt wegzubekommen und uns bei der Fortschreibung der Ausbaupläne, der Fünfjahrespläne zum Bundesverkehrswegeplan zu unterstützen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Lorth!

Gerhard Lorth (CDU): Da haben Sie die Möglichkeit, Wiedergutmachung zu leisten.

Wir werden die Frage der ÖPNV-Finanzierung in Nordrhein-Westfalen dann angehen, wenn Klarheit über die Regionalisierungsmittel des Bundes herrscht. Das wird auch von den Fachleuten und von den Verkehrsverbänden so gesehen; das wird auch vom Deutschen Städtetag so gesehen, ...

(Horst Becker [GRÜNE]: Nur zwei Minuten!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen. Ihre Redezeit ist schon deutlich überzogen.

Gerhard Lorth (CDU): Gut, dann möchte ich an dieser Stelle schließen. Die Vorwürfe der Opposition sind völlig unberechtigt und gehen völlig an der Sache vorbei.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lorth. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe ich als Nächstes eine Wortmeldung des Kollegen Keymis.

Ich weise allerdings noch auf eine Sache hin: Wir haben verabredet, dass wir es in Bezug auf die Redezeiten bei der zweiten Lesung insgesamt etwas großzügiger handhaben, aber ich bitte die Kollegen, diese Richtzeiten trotzdem ein bisschen in Erinnerung zu behalten. – Herr Kollege Keymis, Sie haben das Wort.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Minister, das ist ein Schlag ins Kontor. Es sind Ihre Bürgermeister in den ländlichen Räumen, die Kritik an den Entscheidungen in Bezug auf die Schülerbeförderung üben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es sind Ihre CDU-Bürgermeister, es ist Ihre Klientel, die Sie auf den Arm nehmen, indem Sie hier solche Erklärungen abgeben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist schon ein starkes Stück, muss ich sagen. Sie haben auch die Kritik des Landkreistages – sie wurde in Person von Herrn Kuhn noch einmal geäußert, wie mir berichtet wurde – in diesem Zusammenhang offenbar nicht zur Kenntnis genommen. Sie schädigen nachhaltig das, was wir im ÖPNV-Bereich in Nordrhein-Westfalen bisher zu retten und zu entwickeln in der Lage waren.

Das ist, meine ich, dem Land nicht angemessen und einer intelligenten Mobilität auch nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt. Herr Lorth, Sie haben schon wieder diese Blockadelegende aufgebaut. Meinen Sie damit die schwarz-grünen Mehrheiten in den Regionalräten gegen den Metrorapid? War das die Blockade? – Ein unsinniges Projekt nicht voranzutreiben, war doch sinnvoll. Das andere verstehe ich nicht. Die höchste Investition, die der Landesbetrieb Straßen im Jahre 2005 in Straßen in Nordrhein-Westfalen gemacht hat, lag in der Zeit, in der wir die Regierungsverantwortung mit zu tragen hatten. Das war übrigens an der Stelle für uns als Grüne kein Ruhmesblatt, weil wir das nicht als das Wichtigste ansehen, Straßen zu bauen. Ich habe aber eben gesagt: 2005 wurde der höchste Betrag für Straßen in Nordrhein-Westfalen ausgegeben.

Diese ganze Blockaderederei ist wirklich lächerlich. Herr Rasche, sie stimmt nicht, wenn Sie sie vortragen, und sie stimmt auch nicht, wenn Kollege Lorth sie vorträgt. Sie wird auch nicht besser, wenn Sie sie jetzt noch einmal wiederholt haben. Es stimmt so einfach nicht.

Den dritten Punkt finde ich ganz besonders bitter – das sage ich auch ganz deutlich –: Ich finde es wirklich fatal, dass Sie so mit den Interessen von Mensch und Umwelt umgehen, wie Sie das immer wieder tun. Herr Minister, ideologiefrei ist das alles nicht. Alles, was Sie zum Thema Umwelt sagen, ist wirklich schädlich für all diejenigen, die sich mit diesen Fragen befassen. Alles, was Sie zur Straßenbaupolitik sagen, ist rein ideologisch begründet. Ich halte das wirklich für fatal. Ich glaube nicht, dass man über N-Vermerke und über die Frage einer strategischen Umweltprüfung, wie sie uns von Brüssel vorgeschrieben wird, so hinweggehen kann, wie Sie das tun. Die ganze Drückebergerei und so, wie Sie mit dem „gehetzten“ Verfahren IGVP – es geht nicht um die Ansätze im Verfahren, sondern um das Verfahren selbst – umgehen, überzeugt wenige im Lande. Das haben wir bei der Anhörung gehört und das werden wir womöglich auch demnächst in einer Prozesslawine merken, wenn sich die Leute gegen das wehren, was Sie vor Ort mit der Brechstange durchsetzen wollen.

In dem Sinne: Danke für diese auskunftreichen Reden von Ihnen, aber Sie helfen uns im Land verkehrspolitisch nicht weiter.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Ich habe noch eine Wortmeldung des Kollegen Rasche, der an originärer Redezeit noch zehn Sekunden hat.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Frau Präsidentin, es ist schön, dass Sie sich freuen, aber, Herr Keymis, ich muss Ihnen antworten.

Für die Landesstraßen in Nordrhein-Westfalen gaben wir in den vergangenen zehn Jahren noch 50 % des Durchschnitts der 80er-Jahre aus. Das ist Fakt. In den 80er-Jahren haben wir durchschnittlich das Doppelte ausgegeben wie im Jahre 2005. Diese Zahlen können Sie nicht bestreiten. Sie widersprechen genau dem, was Sie eben gesagt haben.

Immer, wenn wir an irgendeiner Stelle Einsparvorschläge machen, die uns ja auch wehtun, bekämpfen Sie sie nach Herzenslust. Aber immer wieder dann, wenn es irgendeine Gelegenheit gibt, neue Schulden zu machen, sind Sie mir ihren Vorschlägen dabei.

Es gibt zig Beispiele für Ihre unseriöse Finanzpolitik. Nehmen wir doch das Beispiel über die eine Milliarde als Sofortprogramm für die Instandhaltung von Landesstraßen, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter!

Christof Rasche^{*)} (FDP): Ich bin sofort fertig, Frau Präsidentin.

... gegenfinanziert durch eine Reduzierung bei Neubaumaßnahmen. Nur, die Neubaumaßnahmen für die nächsten Jahre sind zu 95 % durch Sie beschlossen worden. – So kann man eine Gegenfinanzierung nicht solide darlegen. Da ist nichts dran.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege!

Christof Rasche^{*)} (FDP): Mit Ihrer Verkehrspolitik und mit Ihrer Finanzpolitik ist Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren gescheitert. Wir werden das in Zukunft ändern. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. So lang können acht Sekunden sein. – Jetzt hat für die Landesregierung Herr Minister Wittke das Wort, bitte.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Amtsvorgänger Horstmann, zu keinem Zeitpunkt habe ich behauptet, dass es in diesem Jahr nicht zu Kürzungen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs kommt.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Doch! Genau das!)

Ich habe immer behauptet – dabei bleibe ich –: Die Änderungen, die wir bei den Schülerbeförderungskosten vornehmen, werden in diesem Jahr nicht wirksam, sondern erst im nächsten Jahr.

Aber es gibt einen anderen Grund, warum es in diesem Jahr Kürzungen beim ÖPNV gibt, die den Verbänden, den Verkehrsunternehmen viel mehr wehtut als das, was im nächsten Jahr in Bezug auf die Schülerbeförderungskosten kommt. Das sind nämlich die Kürzungen, die in Ihrer Verantwortung mit der Umsetzung des Koch-Steinbrück-Papiers erfolgt sind. Die schlagen nämlich in diesem Jahr voll ins Kontor; die haben dazu geführt, dass es zu Preiserhöhungen bei fast allen Verbänden in Nordrhein-Westfalen gekommen ist. Dafür tragen Sie die Verantwortung. Darum haben Sie die Preiserhöhungen in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen zu verantworten.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe noch eine Wortmeldung für die Fraktion der SPD, und zwar von Herrn Kollegen Dr. Horstmann. Die SPD-Fraktion hat auch noch Redezeit. Es ist deswegen völlig in Ordnung.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Aufmerksamkeit des Parlaments nicht über Gebühr in Anspruch. Wir bewegen uns noch im Rahmen der uns zustehenden Redezeit. Ich möchte noch Folgendes sagen:

Herr Minister Wittke, es ist mir – auch des redlichen Umgangs miteinander wegen – wirklich wichtig, festzustellen, dass Sie es gewesen sind, der von diesem Platz aus angekündigt hat, dass es im Jahre 2006 noch keine Kürzungen bei den Zuschüssen für den öffentlichen Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen geben würde.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben genau das gesagt. Ich kann das auch belegen, dass Sie das gesagt haben; das findet sich in den Plenarprotokollen. Sie haben diese Behauptung kürzlich noch in einer Plenarsitzung

wiederholt, als der Erlass an die Verkehrsverbände mit Kürzungen in Höhe von 27 Millionen € für das Jahr 2006 bereits herausgegangen war.

Wenn in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion einen Antrag hierzu gestellt haben mit der Begründung, man müsse doch die Kürzungen insbesondere zugunsten der Verkehrsunternehmen im ländlichen Raum wenigstens teilweise kompensieren, ist das nichts anderes, als dass Ihnen Ihre eigenen Fraktionen zum wiederholten Mal in den Arm gefallen sind.

So war das auch bei Ihrer Ankündigung, den Grundstücksfonds plattzumachen, so ist es bei Ihren weitergehenden Ankündigungen in anderen Bereichen der Fall gewesen, zuletzt bei dem Plan zur Absenkung der Fehlbelegungsabgabe.

Jetzt fallen Ihnen die Regierungsfractionen zum wiederholten Male in den Arm, wo es um die Kürzungen bei den öffentlichen Nahverkehrsmitteln geht. Das sollte Ihnen als Minister, der sich auf die politische Unterstützung dieser Fraktionen stützt, zu denken geben.

Für die Öffentlichkeit bleibt festzuhalten: Sie haben Ihr Wort gegenüber der Öffentlichkeit gebrochen. Sie haben dazu beigetragen, dass die öffentlichen Nahverkehrsunternehmen ihre Preise – das betrifft gerade auch die Mobilität der Schülerinnen und Schüler im ländlichen Raum – deutlich heraufgesetzt haben. Das beklagt nicht nur der VRR, sondern das beklagen auch der Verkehrsverbund Aachen und andere. Sie haben die Unwahrheit gesagt. Das sollten Sie gegenüber dem Parlament auch einräumen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Horstmann. – Nun hat sich noch einmal Herr Minister Wittke zu Wort gemeldet. Die Landesregierung hat im Gegensatz zu allen Fraktionen, die ihre Redezeit etwas überzogen haben, noch Redezeit. Bitte sehr, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich finde, wir sollten in diesem Hohen Hause ein für alle Mal klären, wie die Sachlage tatsächlich ist. Um das noch einmal zu sagen: Es wird haushaltsmäßig in diesem Jahr keine Kürzungen bei den Schülerbeförderungskosten geben, Herr

Horstmann. Wenn Sie etwas anderes behaupten, sagen Sie die Unwahrheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Zweitens. Es gibt in einem einzigen Bereich in diesem Jahr eine Kürzung, die wir aber nicht zu verantworten haben, sondern die mit der Beschlusslage der alten Landtagsmehrheit zu tun hat, als Sie als Verkehrsminister die Vorschläge von Herrn Koch und Herrn Steinbrück umgesetzt haben. Das sind Kürzungen, die in diesem Jahr real im Haushalt nachzuweisen sind.

Bitte, hören Sie damit auf, dem Parlament und der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Hören Sie damit auf, hier zu fabulieren und Nebelkerzen zu werfen. Das nimmt Ihnen keiner mehr ab, Herr Horstmann. Sie tragen die Verantwortung für die Preiserhöhung in diesem Jahr.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Redezeiten sind auch nicht mehr verfügbar.

Wir können dann zur **Abstimmung** zum **Einzelplan 14** kommen, da wir, nachdem alle Teilbereiche behandelt worden sind, am Schluss der Beratungen sind.

Ich lasse zunächst abstimmen über die Nr. 93, den **SPD-Antrag Drucksache 14/1729**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich rufe als Nächstes die Nr. 95, **Antrag Drucksache 14/1816**, auf. Antragsteller ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD **abgelehnt**.

Ich rufe unter der Nummer 96, den **Antrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1817** zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bünd-

nis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe aus der Übersicht die Nr. 101, den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1825**, zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Wir kommen zur Nr. 102 und damit zum **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1826**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 103, dem **Antrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1828**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den letzten Änderungsantrag zum Einzelplan 14, der Nr. 105 in der Übersicht. Es ist der **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1831**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 14 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/1714. Wer dem Einzelplan 14 entsprechend der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der **Einzelplan 14** bei Zustimmung der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe den **Einzelplan 08** auf:

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

mit den Teilbereichen „Wirtschaft und Mittelstand“, „Energie“ und „Landesplanung“.